

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kfirringhaus, Berlin.
Telefonnummer: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copiedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung der Redaktion zulässig. Die Abdruckung einzelner Artikel ist ohne Zustimmung der Redaktion nicht zulässig.

Berlin, den 13. Januar

Pilsudskis Rache.

Int. Institut
Soc. Geschloedenis
Amsterdam

SPD. Die Angeklagten im Brest-Litowsker Prozess wurden am Mittwoch zu Gefängnisstrafen zwischen 1½ Jahr und drei Jahren verurteilt. Nur ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Vor bald dreissig Jahren begann der Wilnaer Adelsspross Josef Pilsudski, einer der eifrigsten polnischen Revolutionäre zu werden. Bald redigierte er in Geheimdruckereien erscheinende Arbeiterblätter, bald organisierte er Attentate auf zarische Beamte und russische Geldtransporte, immer in Gemeinschaft mit der Kampf Abteilung der polnischen Sozialistischen Partei. Die Wiederherstellung Polens als frei demokratische Republik mit stark einsetzenden und rasch weiterwachsenden sozialistischen Einrichtungen war das Ziel aller, der Sturz des Zarismus seine Vorbedingung. Als nach der Revolution von 1905 die schärfsten Verfolgungen einsetzten, wanderten viele Kämpfer nach Altösterreich aus, so auch Pilsudski. Längere Zeit lebte er bei dem kürzlich verstorbenen Hermann Diamand in Lemberg. Dieser scharfblickende Mann gewann bald den Eindruck, dass es Pilsudski nur auf den Sieg des nationalen Gedankens ankam, dass sein ganzes Interesse dem Kampf mit den Waffen galt, dass er ein eingefleischter Militarist war, und dass er die sozialistische Bewegung als Mittel zu seinem Zweck benutzte. Aber allzulange blieb Diamand mit dieser Meinung allein.

Der Weltkrieg brachte Pilsudski an die Spitze der polnischen Legionen. Als sich die Legionen der Angliederung Polens an die österreichische oder deutsche Monarchie widersetzen, wurden sie aufgelöst. Pilsudski wurde verhaftet und in Magdeburg interniert. Jetzt war er der Märtyrer des nationalen Gedankens und zugleich des Kampfes gegen die reaktionären Monarchien überhaupt. Als die deutsche Revolution ihm dann die Freiheit wiedergab, kehrte er im Triumph nach Polen zurück, das ihn zum Marschall seiner Armee machte. Er führte es in den Krieg gegen Sowjetrussland, der beinahe schlimm geendet hätte, doch die Legende machte ihn zum Retter des Vaterlandes. Aber Polen wollte ein Freistaat bleiben. Es fügte sich den schon manchmal krausen Einfällen und Ansprüchen des Marschalls nicht. Grollend zog er sich zurück. An einem Maitag des Jahres 1926 brach er schliesslich von seinem Ruhesitz mit einigen Regimentern der Armee gegen Warschau auf. Mit Hilfe der sozialistischen Arbeiter besiegte er die Regierungstruppen. Die Eisenbahner verhinderten durch Streik den Antransport von Verstärkungen. Die Regierung Witos wurde gestürzt, der Staatspräsident flüchtete, Pilsudski ergriff die Herrschaft. Alle Minister, auch der Staatspräsident sind seine Untergebenen und Beauftragten.

Bald kam es zum offenen Konflikt mit dem Parlament. Der Finanzminister Czechowicz wurde vor den Staatsgerichtshof gestellt, weil der vom Sejm bewilligte Etat um hunderte Millionen, hauptsächlich für Rüstungszwecke, aber auch für Wahlbeeinflussung, überschritten worden war. Ankläger im Namen des Volkes

war der Sozialist Dr. Hermann Liebermann. Als Pilsudski im Kriege vor dem österreichisch-ungarischen Militärgericht in Marmaros-Siegt des Hochverrats angeklagt war, wandte Liebermann als Legionsoffizier und Rechtsanwalt die drohende Verurteilung ab. Vor dem Staatsgerichtshof beschimpfte der Marschall die Ankläger in jener unbeschreiblichen Weise, die die Welt aus seinen Interviews und Artikeln kennen gelernt und woraus sie auf einen krankhaften Geist geschlossen hat. Ein Urteilspruch des Staatsgerichtshofes gegen Czechowicz liegt bisher nicht vor.

Später spalteten pilsudskitreue Nationalisten die Sozialistische Partei und führten faschistische Ueberfälle auf Sozialisten aus. Als dann nach einiger Zeit das Parlament neu gewählt werden sollte, verhaftete man rechtswidrig eine ganze Anzahl der bekanntesten Oppositionsführer, Sozialisten, Bauernpartei und christliche Demokraten. Es folgt Brest Litowsk, das die Welt emporrührte, und nun ist der Prozess zu Ende, der Pilsudskis Rachegeleuten gegen alldiente, die an seiner Gottähnlichkeit zu zweifeln und die verfassungsmässigen Volksrechte zu vertreten gewagt haben.

Die Begründung des Schandurteils soll erst in einiger Zeit bekanntgegeben werden. Die absetzbaren und darum nicht mehr unabhängig urteilenden Richter werden Mühe genug haben, den Angeklagten, die den grössten Anteil an der Wiederaufrichtung des polnischen Staates haben, Hoch- und Landesverrat nachzuweisen. Aber Strafparagrafen lassen sich, wenn man will, dehnen wie Gummi, und der Möglichkeiten zu Begründung wird es genug geben. Von Verschwörertum kann jedoch bei den Angeklagten, diesen führenden Politikern legaler verfassungstreuer Parteien natürlich nicht die Rede sein.

Wo aber ist der Gerichtshof, der den geheimnisvollen Tod des Generals Sagurski aufdeckt und verhandelt, der von Wilna nach Warschau gelockt und unter Mitwirkung von Vertrauten Pilsudskis bestialisch ermordet wurde? Wann und wo werden die zahllosen Verfassungsbrüche Pilsudskis geahndet, der sich über das Recht und das Parlament frech hinwegsetzt, der vom Sejm aufgehobene Verordnungen sofort wieder in Kraft setzt, der das Parlament von bewaffneten Offizieren besetzen liess, um einen Kampf zu provozieren? Wann und wo werden die Finanzen des armen Landes geschützt gegen die Massenpensionierung unbequemer Beamten und Offiziere, gegen die schrankenlosen Rüstungsausgaben? Wann wird das furchtbare Unrecht wieder gutgemacht, das an den ukrainischen Bauern in Ostgalizien verübt wurde? Wer befreit die Opfer der Standgerichte aus den Kerkern und wer gibt den Minderheitsvölkern ihre Schulen, Lesevereine und Wirtschaftsgenossenschaften wieder?

Die übergrosse Mehrheit des polnischen Volkes schämt sich des Pilsudski-Systems, das dem Lande täglich die Frage aufzwingt, ob die Wiederaufrichtung des nationalen Staates erfolgt ist, um in Zustände geworfen zu werden, wie sie in den Teilgebieten unter österreichischer und preussischer Fremdherrschaft gewiss nicht schlimmer gewesen sind. Aber das polnische Volk steht unter der brutalen Herrschaft des Pilsudskischen Militär- und Polizeiapparates. Allein kann es vorläufig das Pilsudski-Joch kaum abschütteln. Es ist deshalb mit die Aufgabe der demokratischen und parlamentarischen Verbündeten Polens, vor allem Frankreichs, das polnische Regime vor die Entscheidung zu stellen, ob es noch weiter beanspruchen will, ein europäisches Regime zu sein.

Das eine aber wissen wir, dass der Kampfesmut der polnischen Sozialisten, den sie bereits gegen den waffenstarrenden Zarismus bewiesen haben, auch durch das Brester Urteil nicht gebrochen werden kann. Der Tag wird kommen, an dem ein befreites Polen die Märtyrer von Brest-Litowsk und die Opfer des Warschauer Urteils dankbar grüssen wird.

SPD. Warschau, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch wurde im Brest-Litowsker Prozess folgendes Urteil verkündet: Der Sozialist Dr. Liebermann und Professor Berlitzki erhalten je 2½ Jahre Gefängnis, der Jugendführer Dubois, Dr. Pragier, der Gewerkschaftsführer Dr. Mastek und der Redakteur Ciolkosz je 3 Jahre. Ferner wurden verurteilt der ehemalige Ministerpräsident und Bauernführer Witos zu 1½ Jahren, der Bauernführer Dr. Kiernek (ehemaliger Minister) zu 2½ Jahren, der Bauernführer Baginski zu 2 und Dr. Putek zu 3 Jahren Gefängnis. Freigesprochen wurde nur der Bauernführer Sawicki.

Die Verurteilung erfolgte auf Grund der Paragraphen 102 des ehemaligen russischen Strafkodex wegen Teilnahme an einer Verschwörung zum gewaltsamen Sturz der Regierung. Mit dem Urteil wurde auch eine kurze vorläufige Begründung verlesen, aus der hervorgeht, dass das Gericht sich überhaupt nicht auf die Beweisaufnahme gestützt hat. Die Vergehen der Angeklagten seien strafrechtlich nicht zu erfassen, aber eine Prüfung ergebe, dass es zu einer Revolution hätte kommen können, wenn die Angeklagten nicht rechtzeitig verhaftet worden wären. Im übrigen enthält die Begründung des Urteils, das von dem Richterkollegium nicht einstimmig gefasst wurde, nur eine Wiederholung von Teilen der Anklageschrift. -

Im Anschluss an die Verkündung des Urteils wurden im Gerichtssaal Hochrufe auf die polnische sozialistische Partei und auf die Angeklagten ausgebracht. Die Polizei nahm mehrere Personen fest. Die Verurteilten wurden auf den Schultern aus dem Gerichtsgebäude getragen. Die spontanen Huldigungen und Manifestationen wurden auf der Strasse fortgesetzt. Es kam dabei zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Die Beamten gingen brutal gegen alle vor, die den verurteilten Märtyrern ihre Sympathie auszudrücken versuchten. In der Stadt herrschte Nachmittags grosse Aufregung.

SPD. Der Führer des "Jungdeutschen Orden", Herr Marauhn, hat dem Reichsminister des Innern einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zur Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg um 7 Jahre zugehen lassen.

Dem Antrag kommt praktische Bedeutung nicht zu, weil seine Durchführung mehrere Monate in Anspruch nehmen würde, während die Wahl des Reichspräsidenten spätestens im März vorgenommen werden muss. Aus diesem Grunde wird dem beantragten Volksbegehren erst garnicht stattgegeben. Darüber dürfte sich auch der "Jungdeutsche Orden" nicht im Unklaren sein. Wenn er dem Reichsminister des Innern trotzdem seinen Antrag hat zugehen lassen, dann nur aus agitatatorischen und damit aus verwerflichen Gründen. Er hatte wieder einmal das Bedürfnis, von sich reden zu machen.

SPD. Mexico City, im Januar (Eig. Ber.)

Fast unbeachtet im Weltkrisenwirbel ist Mexico in diesen Tagen wieder einmal in eine neue akute Aera seines Jahrhunderte alten latenten Kulturkampfes getreten. Der Kirchenfriede, den der ehemalige amerikanische Botschafter Morrow vor drei Jahren von einer mit dem Rücken gegen die Wand gedrückten Regierung erzwingen konnte, hat, wie unschwer vorauszusehen war, nicht lange vorgehalten und neuen halbversteckten Kriegserklärungen Platz gemacht, die durch die parallel laufende Verschärfung der mexicanischen Wirtschafts- und Währungsdepression um so ernsthafter gewertet werden müssen.

Rein äusserlich ist dieser neue Konflikt zwischen Staat und Kirche durch die mit grossen Festlichkeiten begangene Vierhundertjahrfeier des mystischen Erscheinens der mexicanischen Nationalheiligen, der Jungfrau von Guadalupe,

ausgelöst worden. Dieser vierhundertjährige Gedanktag führte in dem nach der Heiligen benannten Wallfahrtsort Guadalupe Hidalgo nahe der Hauptstadt zu religiösen Festszenen, die bei allem Verständnis für die Empfindungen der mexicanischen Katholiken in dem von zwanzigjährigen inneren Unruhen erschütterten Mexico von der Regierung als Herausforderung angesehen wurden. Inmitten der ungeheuren Verarmung der mexicanischen Massen brachte die angeblich bedrückte katholische Ober- und Mittelschicht über 800 000 Dollar an freiwilligen Gaben zur Modernisierung und Verschönerung der Wallfahrts-Kathedrale von Guadalupe Hidalgo auf. Dieses riesige Geschenk ist noch durch ein zweites Geschenk in Form einer mit zahlreichen Juwelen besetzten Krone für das Standbild der Heiligen im Werte von Hunderttausenden Dollar übertroffen worden.

Die Regierung beantwortete das von ihr als Herausforderung betrachtete Vorgehen der Kirche dadurch, dass sie gemäss der Verfassung die Gesetzesvorschriften zur Einschränkung der geistlichen Tätigkeit wieder voll in Kraft setzte. Danach darf nur ein katholischer Geistlicher auf je 50 000 Einwohner entfallen, was bedeutet, dass in der Hauptstadt nicht mehr als 24 Geistliche officieren dürfen, während im Bundesstaate Jalisco mit seinen noch strengeren Kirchenbestimmungen ein Geistlicher gar nur auf je 100 000 Einwohner entfallen darf. Es ist zugegeben, dass diese Bestimmungen hart sind und von den Kirchenbehörden als eine schwere Beeinträchtigung der Ausübung des seelsorgerischen Berufes empfunden werden müssen. Aber sie sind die Auswirkungen einer systematischen Kirchenpolitik, die sich vierhundert lange Jahre mit der wirtschaftlichen und politischen Reaktion Mexicos eng identifiziert hatte, allen revolutionären Errungenschaften mit unversöhnlicher Feindseligkeit gegenübersteht und auch heute nicht gewillt ist, ihre Bemühungen auf Wiedereroberung des politischen Einflusses aufzugeben.

Es ist notwendig, sich angesichts dieser bunten Mischung von Politik, Religion und Sozialreaktion klar bewusst zu bleiben, dass die mexicanischen Verfassungsbestimmungen nicht darauf abzielen, der Ausübung der Religion hindernd im Wege zu stehen. Was sie wollen, ist das unglaubliche Unwesen mexicanischer Geistlichkeit, das auch von katholischen Kreisen ausserhalb Mexicos offen zugegeben wird, im Interesse der erzieherisch vernachlässigten und früher von der katholisch-politischen Reaktion unglaublich ausgebeuteten Massen gründlich einzuschränken. Unter der Verfassung steht es der Bevölkerung frei, die ohne geistliche Aufsicht verbleibenden Kirchen - in Mexico City allein fast 230 - durch nachbarliche verantwortliche Laienkommissionen in eigene Verwaltung zu nehmen und für ihren Schutz und Offenhaltung zu Andachtszwecken Sorge zu tragen. Von diesen Bestimmungen ist auch im Kirchenkonflikt 1926-1929 reichlich und mit Erfolg Gebrauch gemacht worden. In jedem Falle liegt es auf der Hand, dass unter diesen Umständen von einer mexicanischen Religionsverfolgung, wie die mexicanischen Katholiken seit Jahrzehnten vorgeben, keine Rede sein kann.

Die mexicanische Kirchenhierarchie unter Erzbischof Pascual Diaz, einem aus dem Bundesstaate Tabasco gebürtigen reinblütigen Indianer, hat auf die Inkraftsetzung der Verfassungsbestimmungen in der üblichen Weise geantwortet und einen Keil zwischen Regierung und Bevölkerung zu treiben versucht. Mit Willen ist der massgebende Punkt umgangen worden, dass die, übrigens sehr bürgerliche Regierung Ortiz Rubio gar nicht die Absicht hat, gegen die katholische Religion vorzugehen, sondern einzig ihrer verfassungsmässigen Aufgabe nachkommt, den übermächtigen Einfluss der Kirche auf gesetzlichem Wege einzudämmen. Auch der mexicanische Bundessenat hat den kirchlichen Fehdehandschuh aufgenommen und ihn reinäusserlich mit der Umbenennung des den Heiligennamen tragenden Wallfahrtsortes Guadalupe in Gustavo Madero, nach dem ermordeten Bruder des gleichfalls ermordeten Revolutionspräsidenten Francisco Madero, beantwortet. Zu gleicher Zeit hat der Sprecher des Mehrheitsblockes von der Parlamentstribüne wissen lassen, dass die Verteidiger der Revolution alles, auch Waffengewalt, aufbieten werden, um die kirchlichen Konspirationsversuche unschädlich

zu machen.

Was sich gegenwärtig in der mexicanischen Republik abspielt, ist eine neue Kräftegruppierung zu einem neuen und doch ewig alten Kultur-Waffengang. Die jetzige Regierung kann vom Arbeiterstandpunkte alles andere als revolutionär und fortschrittlich oder gar sozialistisch bezeichnet werden. Aber in ihr sitzt als Kriegsminister mit unbeschränkten Vollmachten ein Mann mit unbegrenzter Macht, der ehemalige Präsident Calles, ohne dessen Wort und Zustimmung in Mexico nichts geschehen kann. Auch das was vom fortschrittlichen und wahrhaft demokratischen Standpunkte nicht sehr ermutigend klingen, ist aber eine Tatsache, die sich nun einmal nicht wegleugnen lässt und im übrigen auch der gegenwärtigen Krisensituation Mexicos am besten entspricht. Calles und seiner von der Unterstützung der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitermassen getragenen eisernen Energie ist zuzutrauen, dass er die neuen Angriffe der mexicanischen Reaktion unter dem irreführenden Deckmantel der religiösen Freiheit zunichte machen und den vor drei Jahren ergebnislos abgebrochenen Kampf zwischen Staat und Kirche im Sinne des Fortschritts zur Entscheidung bringen wird.

SPD. Im Berliner Helldorf-Prozess ist man noch immer bei der Vernehmung der Belastungszeugen. Neben den misshandelten Kurfürstendamms-Spaziergängern - Juden und Nichtjuden - sind es vor allem die unbeteiligten Beobachter des Pogroms, die Graf Helldorf und seine "zufälligen" Rowdies aufs schwerste belasten.

Nicht nur der in den letzten Tagen vernommene Rechtsanwalt Apfel konnte die Planmässigkeit der Ausschreitungen mit Tatsachen belegen -, auch der Student Rathenau, ein Vetter des ermordeten Reichsministers, hat die Regisseure des Pogroms beim Dirigieren überrascht. Rathenau hat zwei uniformierte Männer beobachtet, die an Helldorfs Wagen herantraten und sich Instruktionen holten. Später konnte man feststellen, dass die Demonstranten von diesen Leuten in eine bestimmte Richtung gelenkt wurden. - Alles natürlich purer "Zufall"!

SPD. Paris, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der Republik hat am Mittwoch-Vormittag seine Besprechungen mit politischen Persönlichkeiten zwecks Lösung der Kabinettskrise begonnen. Er empfing die Präsidenten und Alterspräsidenten des Senats und der Kammer, ferner verschiedene Fraktions- und Kommissionsvorsitzende der beiden Häuser, darunter den Radikalen Herriot, den Sozialisten Léon Blum und den Nationalisten Marin.

Die meisten der vom Präsidenten befragten Politiker weigerten sich nähere Mitteilungen über ihre Unterredungen zu machen. Léon Blum erklärte beim Verlassen des Elysées, er glaube, dass das Kabinett Laval mit den durch den Tod Maginots und das Ausscheiden Briands notwendig werdenden Änderungen wieder aufstehen und die Krise schnell gelöst sein werde. Marin bemerkte, es sei klar, dass ein neues Kabinett Laval dem bisherigen Kabinett Laval folgen werde. Die Frage sei so einfach, dass er mit dem Präsidenten der Republik kaum darüber gesprochen habe. Andere Politiker sprachen sich nach ihren Unterredungen mit Doumer im gleichen Sinne aus, da zurzeit die Bildung einer Konzentrationsregierung, so wünschenswert sie auch sein möge, unmöglich sei.

Am Nachmittag setzte der Präsident seine Besprechungen fort. Er hatte u.a. Unterredungen mit dem sozialistischen Senator Reboul und den Abgeordneten Franklin-Bouillon, Reibel und Guernut. Reboul erklärte, der Präsident der Republik habe ihm gesagt, dass seine Ansicht mit der Herriots übereinstimme, wonach man im Augenblick nicht an eine Konzentrationsregierung denken könne.

Die Mitglieder der radikalen Kammer- und Senatsfraktion traten am Mittwoch-Vormittag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in der Herriot über seine Unterredung am Dienstag mit Laval berichtete. Die Radikalen beschlossen, für die gegenwärtige Ministerkrise den früher gefassten Beschluss zu wiederholen, nach dem kein Mitglied der beiden Fraktionen ein Portefeuille ohne die Genehmigung der Partei annehmen dürfe.

SPD. Die Bemühungen um die Bildung eines überparteilichen Ausschusses zur Vorbereitung der Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk haben bereits eingesetzt. Es ist zur Zeit aber noch völlig ungewiss, welche Persönlichkeiten sich diesem Ausschuss anschliessen sollen oder anschliessen werden. Fest steht zunächst nur, dass die Parteien in ihm offiziell nicht vertreten sein sollen.

Von der Absicht einen derartigen überparteilichen Ausschuss einzusetzen, um die Persönlichkeit des Reichspräsidenten insbesondere der deutschen Aussenpolitik als Aktivum zu erhalten, haben Deutschnationalen und Nazis mit ziemlichem Missfallen Kenntnis genommen. Damit haben sie ihre Argumentation gegen die Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk selbst als das entlarvt was sie ist: ein gemeiner Volksbetrug. In Wirklichkeit wollen sowohl bei den Deutschnationalen als auch bei den Nazis starke Kräfte die Wiederwahl Hindenburgs überhaupt nicht. Das offiziell auszusprechen waren sie bisher zu feige. Statt dessen verschanzte man sich gegen die Wiederwahl durch das Parlament hinter "verfassungsmässigen" Bedenken. Jetzt, wo die Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk vorbereitet wird, offenbart sich der Schwindel der Deutschnationalen und Nazis in seiner ganzen Grösse. Sie wollen weder die Parlamentswahl noch wollen sie Hindenburgs Wiederwahl durch das Volk.

Uebrigens hat kein anderer als der Vorsitzende der Nationalsozialistische Reichstagsfraktion, der frühere thüringische Staatsminister Frick die Argumentation seiner Partei mit den "verfassungsmässigen" Bedenken gegen die Wiederwahl Hindenburgs durch das Parlament als puren Schwindel enthüllt. Er hat am Dienstag in Kempten in einer öffentlichen Versammlung offen zugegeben, dass die Nationalsozialisten nicht nur gegen Hindenburgs Widerwahl durch das Parlament waren, sondern seine Wahl durch das Volk, eine Möglichkeit, die von Hitler bisher offengelassen wurde, auch nicht wollen. Die Antwort auf die Frage, - so führte Frick in der betreffenden Versammlung aus - ob eine Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl zustandekommen werde, sei ein glattes Nein. Wenn das Kabinett Brüning bis zur Reichspräsidentenwahl nicht verschwunden sei, würden die Nationalsozialisten aus ihren Reihen einen Mann aufstellen, auf den sie sich unbedingt verlassen könnten.

Mit diesen Ausführungen des Herrn Frick, der in der Parteileitung der NSDAP sitzt, ist die Antwort Hitlers an Hindenburg gebührend charakterisiert. Sie ist nichts als Vorwand und insofern unwahrhaftig!

SPD. Breslau, 13. Januar (Eig. Drahtb.)
Das Wiederaufnahmeverfahren gegen den unter dem Spitznamen Mokka-Louis bekannten Bäcker Pohl in Breslau, das unter allgemeiner Anteilnahme der breiten Öffentlichkeit in der schlesischen Hauptstadt seit Mitte voriger Woche vor dem Breslauer Schwurgericht lief, hat in den späten Nachmittagsstunden des Mittwoch seinen Abschluss gefunden. Nach überraschend kurzer Beratung sprach das Gericht den Angeklagten wegen erwiesener Unschuld frei. Damit ist Mokka-Louis, eine in Breslau nunmehr st adtbekannt gewordene Figur, restlos rehabilitiert.

Zur Begründung des Urteils erklärte der Vorsitzende, dass das Gericht von der Unschuld des Angeklagten überzeugt sei. Es müsse als wahrscheinlich be-

trachtet werden, dass der Doppelmörder Schiewek ebenfalls den Mord an dem Sittenmädchen Schulz ausgeführt habe. Wie die Beobachtungen und Experimente am Tatort ergeben hätten, dürften die Angaben der beiden Hauptzeuginnen, die gegen Pohl ausgesagt hatten, nicht als entscheidend bewertet werden. Belastende Umstände zu ungunsten Pohls seien nicht vorhanden, ferner habe man bei dem Angeklagten kein Motiv ermittelt, das ihm zur Ausführung der Tat veranlasst haben könnte. Das Gericht sei vielmehr der Auffassung, dass aller Wahrscheinlichkeit nach auch in diesem Falle Schiewek, obwohl dieser im Laufe der Verhandlung sein früheres Geständnis abermals widerrufen habe, als Täter in Frage kommt. Deshalb beständen keine Bedenken, den Angeklagten wegen erwiesener Unschuld freizusprechen.

Das Urteil des Breslauer Schwurgerichts erfährt in Breslau allgemeine Zustimmung. Weniger Verständnis bringt man allerdings der Rede des Staatsanwalts entgegen, der lediglich Freisprechung wegen mangels an Beweisen beantragte und feststellen zu müssen glaubte, dass Pohl immerhin doch nicht unbelastet aus dem Verfahren herauskomme. Das erste Urteil, aufgrund dessen Pohl vor zwei Jahren auf zehn Jahre ins Zuchthaus geschickt werden sollte, sei nicht zu beanstanden. Jetzt aber müsse ein "besseres" Urteil gefällt werden.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Salz kam zu der entgegengesetzten und zweifellos richtigeren Schlussfolgerung. Die Kriminalpolizei und Schiewek selbst habe trotz aller Widerrufe seine Schuld ganz unzweifelhaft dargetan. Die Aussagender beiden Hauptzeuginnen seien in ihren wesentlichen Bestandteilen objektiv falsch. Man habe bei der Untersuchung Pohls an seinen Kleidern nicht die geringste Blutspur zu entdecken vermocht und überdies dürfe nicht übersehen werden, dass Pohl ohne das geringste Anzeichen der Erregung unmittelbar nach der Mordtat zusammen mit Neugierigen vor dem Hause in der Gerbergasse gestanden habe, während jedoch die Flucht des Mörders in eine bestimmte Richtung festgestellt werden konnte. Hier sei ebendurch unglückselige Verkettung verschiedenerlei Umstände ein völlig Unschuldiger vor das Gericht gekommen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

In einer Besprechung zwischen dem Reichskommissar für Preisüberwachung und Vertretern des deutschen Elektro-Installateurgewerbes wurde vereinbart, dass die vom Reichsverband des deutschen Elektro-Installateurgewerbes herausgegebenen Richtpreise um 10 % mit sofortiger Wirkung gegenüber den im Dezember 1931 veröffentlichten Richtpreisen gesenkt werden.

Ausserdem werden aus den Richtlinien die Zeitbemessungen entfernt, die bisher einheitlich für ganz Deutschland für jede Arbeit eine bestimmte Dauer festsetzten. Diese Bestimmung musste deswegen beseitigt werden, weil sie dem verschiedenen Arbeitstempo in den verschiedenen Teilen Deutschlands nicht Rechnung trug und kalkulationsverteuernd wirken konnte. Endlich fällt die Bestimmung, wonach für jede Arbeit mindestens ein Stundenlohn zu berechnen war. Die Preishöhe richtet sich vielmehr nach der tatsächlich aufgewendeten Zeit. Hinsichtlich der Kalkulationszuschläge (Generalunkosten) hat sich der Reichskommissar für Preisüberwachung weitere Prüfung vorbehalten.

SPD. Genf, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Kohlenkonferenz des Völkerbundes ist am Mittwoch beendet worden. Die Schlussitzung brachte zunächst die Erklärungen der Produktionsländer, wonach die protektionistischen Massnahmen gegen Kohleneinfuhr mit der erfolgten Verständigung wegfallen sollen. Ferner kam eine Einigung zustande, die in der Geschichte der Kartelle wohl zum erstenmal die Pflicht der Unternehmer bringt, die Regierungen in jedem Stadium der Kartellverhandlungen zu unter-

richten und dazu das Recht der Regierungen, jedes Arrangement nur mit ihrer Zustimmung wirksam werden zu lassen. Dadurch haben die Regierungen die Möglichkeit, die Interessen der Arbeiter und Verbraucher wahren zu können.

Die Arbeitervertreter hatten eine umfassendere Organisation beantragt und zwar eine Art Staatsrahmenvertrag unter Einschluss des Kohlenkartells der Arbeiter und Verbraucher. Gegen die Kartellierung haben sich die Arbeitervertreter nicht ausgesprochen, Sie haben jedoch Sicherungen dafür verlangt, dass keine einseitige sozialpolitische Machtstärkung der Unternehmer aus dem Kartell erwachsen und kein europäisches Kohlenmonopol gegen die Verbraucherländer entstehen darf. In Deutschland werden die Arbeitnehmer durch den Reichskohlenrat die Haltung der Regierung in den Kartellverhandlungen und bei der Kartellkontrolle beeinflussen können. Eine stärkere Eingliederung der Arbeitnehmer war gegen den Widerstand von Unternehmern und Regierungen nicht möglich, ebenso wenig die der von Italien vertretenen Konsumentenländer, die sich schliesslich mit dem Vorteil einer Stabilisierung der Preise und des Marktes zufriedengaben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich auch auf der Kohlenkonferenz wiederum die Erkenntnis von der unabweisbaren Notwendigkeit internationaler Verständigung als Heilmittel der Krise durchgesetzt hat. Die Kartellierung der europäischen Kohlenwirtschaft soll in kurzen Fristen erfolgen. Die Unternehmer haben ihre Vorschläge bereits ausgearbeitet. Sie liegen den Ländern zur Erklärung bis Anfang Februar vor. Darüber wird eine neue Unternehmerkonferenz in London tagen. Ueber den Ausgang dieser Verhandlungen werden die Regierungen laufend unterrichtet. Jeder Abschluss bedarf ihrer Genehmigung, um wirksam werden zu können. Auch die Arbeiterorganisationen sollen unterrichtet werden. Ebenso wird die gemischte Kohlenkommission des Völkerbundes in kürzeren Abständen die Parteien beraten.

SPD. Paris, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Berliner Meldung des Mailänder Blattes "Corriere della Sera", dass der französische Botschafter in Berlin mit einer wichtigen Persönlichkeit der Nationalsozialistischen Partei einen Meinungs austausch über die politische Lage gehabt habe, wird von der Havas-Agentur mit dem Zusatz veröffentlicht, dass man in autorisierten Kreisen diese Information als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Die Besprechungen des Reichskommissars für Preisüberwachung mit den Vertretern des Schneiderhandwerks haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Das Schneiderhandwerk verzichtet auf die Herausgabe von Richtpreisen und Kalkulationsschemata. Der Preisberechnung im Schneiderhandwerk sind die Effektivpreise zu Grunde zu legen, die sich aus Gestehungskosten und freiem Wettbewerb ergeben. Bei Stofflieferung auf Grund einer Kollektion wird der im Stoffpreis enthaltene Rabatt von 25 % und 20 % auf 15 % ermässigt. Der bisherige Gewinnzuschlag auf Selbstkosten wird von 20 % und 30 % auf 10 % herabgesetzt.

SPD. Braunschweig, 13. Jan. (Eig. Drahtb.)

Die Nationalsozialisten und ihr Präsident Zörner haben auf die Erklärung der Rechtsparteien, dass Zörner als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses ungeeignet wäre, mit offenem Hohn und Spott geantwortet. Sie erklärten ausdrücklich, dass sie nicht daran dächten, von der Praxis, unbewiesene Dinge in der Öffentlichkeit zu verhandeln, abzugehen. Der Landtagspräsident Zörner bezichtigt die Volkspartei zugleich, dass sie sich "wieder einmal einer Begünstigung schuldig" gemacht habe. Die Volkspartei suche die Verfehlungen des Staatsbankpräsidenten Dr. Stuebben zu vertuschen, weil einen der volksparteilichen Führer, den früheren Minister Marquardt, ein freundschaftliches Verhältnis mit dem Angeschuldigten verbinde. Die Nazis würden die Verhältnisse in der Staatsbank einer möglichst grellen Scheinwerferbeleuchtung aussetzen.

Obwohl die bürgerlichen Rechtsparteien am Dienstag gedroht hatten, sich nicht mehr mit den Nazis an einen Tisch zu setzen, wenn diese ihre Angriffe fortsetzen, ist die Untersuchungskomödie am Mittwoch im Hauptausschuss weitergegangen als sei nichts geschehen.

SPD. Der Rechtsausschuss des Preussischen Landtags lehnte am Mittwoch einen kommunistischen Antrag ab, wonach dendeutschen Seeleuten, die wegen Meuterei in russischen Seehäfen verurteilt worden sind, Straferlass gewährt werden sollte und wonach die Inhaftierten auf freien Fuss gesetzt werden sollten.

Im Verlauf der Debatte erwiderten die sozialdemokratischen Abgeordneten Brandes und Gehrmann auf Ausführungen kommunistischer Redner, dass es sich bei den Vorgängen in Russland nicht um einen Streik gehandelt habe, sondern um die Aufhetzung kommunistischer Agitatoren, die in ausländischen Häfen die Seeleute angehalten hätten, nicht an Bord zurückzukehren. In Odessa hätten die meuternden Seeleute sogar den Versuch gemacht, den deutschen Konsul, der auf die Gefährlichkeit des Unternehmens hätte aufmerksam machen wollen, ins Wasser zu werfen. Es sei bedauerlich, dass die Seeleute die Leidtragenden seien und dass man die Hintermänner nicht fassen könne. Der Schifffahrt müsse ein besonderer Schutz gewährt werden.

Die Ablehnung des kommunistischen Antrages erfolgte gegen die Antragsteller. Annahme fand ein sozialdemokratischer Antrag, der die Staatsregierung ersucht, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, dass dem Reichstag schnellstens der Entwurf einer neuen Seemannsordnung vorgelegt wird.

SPD. Stuttgart, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Eine Versammlung der von der Schuhfabrik Salamander A.G. in Kornwestheim gekündigten Zeitlohnarbeiter, die vom Zentralverband der Schuhmacher einberufen worden war, hat fast einstimmig beschlossen, am Montag die Arbeit einzustellen.

SPD. Schönberg/Meckl., 13. Jan. (Eig. Dr.)

In der Ortschaft Palingen wurden am Mittwoch durch ein Grossfeuer insgesamt 7 Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude vollständig vernichtet. Das Feuer entstand in der Gastwirtschaft Oldenburg und verbreitete sich von hier aus auf mehrere in der Nachbarschaft befindliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Das Vieh konnte überall noch rechtzeitig herausgebracht werden. Durch die Vernichtung von grossen Heu- und Kornvorräten sowie landwirtschaftlichen Maschinen ist grosser Schaden entstanden. Die Entstehungsursache des Brandes ist bisher noch ungeklärt.

SPD. Genf, 13. Jan. (Eig. Drahtb.)

Die für den 22. Januar vorgesehene Tagung des Europa-Komitees ist wegen der Lausanner Konferenz auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Keine Regierung hatte der dahingehenden Anregung Briands widersprochen.

SPD. Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt hat zur Frage der vorbeugenden Fürsorge einen Erlass an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten herausgegeben, in dem es heisst:

"Unter dem finanziellen Druck der gegenwärtigen Not, bei der gewisse Sparmassnahmen auch in der vorbeugenden Fürsorge unvermeidlich sein werden, gehen Gemeinden und Kreise vielfach dazu über, die Stützpunkte der vorbeugenden Fürsorge abzubauen mit dem Hinweis, dass diese nicht zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben gehöre. Bereits in meiner Rede zum Haushalt 1931 habe ich darauf hingewiesen, dass Einsparungen auf dem Gebiet der vorbeugenden Fürsorge sich dann als nur scheinbare Sparmassnahmen erweisen müssen, wenn ihnen in Kürze umso höhere Aufwendungen folgen werden. Dennoch sind in Folge der augenblicklichen Finanznot Einsparungen vorgenommen worden, die, ohne nennenswerte Entlastungen der Haushalte herbeizuführen, eine schwere Schädigung der Bevölkerung, insbesondere der heranwachsenden Jugend, bedeuten. Hierbei wird nicht beachtet, dass Schäden an Sachen sich, wenn auch mit höheren Kosten, in der Regel wieder ausgleichen lassen, dass aber gesundheitliche und sittliche Schäden an Menschen auch nicht durch spätere höhere Aufwendungen wieder gutgemacht werden können. Durch Einstellung oder übermässige Drosselung der vorbeugenden Fürsorge wird das Erbgut und damit die Zukunft unseres Volkes geschädigt; unwiderbringliche Werte werden vernichtet; die Aussichten unseres Volkes in dem schweren Kampf um seinen Aufstieg erheblich verschlechtert.

Als Stützpunkte der vorbeugenden Fürsorge müssen vor allem erhalten bleiben die Beratungsstellen der Mütter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, sowie die Gemeindeschwesternstationen, die durch ihre vielseitige Tätigkeit gerade in der jetzigen Notlage auch in kultureller Beziehung ausserordentlich wertvoll sind. Die regelmässigen Durchuntersuchungen der Schüler durch Schulärzte und Schulzahnärzte sowie gesundheitlich bedrohter Gruppen, insbesondere in der vorbeugenden Tuberkulose- und der Krüppelfürsorge, die sachgemässe Auswahl und Ueberwachung der Pflegestellen, dürfen nicht unterbleiben. Die Erholungs-fürsorge, besonders in der Form der örtlichen Erholungsfürsorge, sowie die Kinder-speisung dürfen nicht eingestellt werden. Kindergärten und Horte müssen erhalten bleiben; sie bedeuten vielfach die einzige Möglichkeit der Bewahrung der Kinder vor schwersten körperlichen und seelischen Schäden. Die Mittel, die gerade diese Einrichtungen erfordern, sind verschwindend im Verhältnis zu den Werten, die sie erhalten helfen und zu den künftigen Kosten, die durch sie erspart werden.

Vor völliger Streichung oder übermässiger Einschränkung der Beihilfen an die Einrichtungen und Vereine der freien Wohlfahrtspflege warne ich dringend. Vermehrte Leistungen und erhöhte Kosten der Gemeinden würden in kurzer Zeit die Folge sein. Durch verstärkte Heranziehung und Unterstützung der freien Wohlfahrtspflege können sogar erhebliche Mittel gespart werden.

Die Mitarbeit eines fachlich geschulten Arzt- und Fürsorgepersonals ist gerade in finanziell schwerer Zeit von entscheidender Wichtigkeit. Ein Abbau dieser Kräfte kann die sachgemässe Verwendung der vorhandenen Mittel gefährden und dadurch die Finanzschwierigkeiten erhöhen. Auch kann nur mit ihrer Hilfe die dringend notwendige Aufklärung und Belehrung der Bevölkerung über gesunde und wirtschaftliche Lebensführung, Krankheitsverhütung und Jugenderziehung erreicht werden. - Allen Sparmassnahmen sollte ein unter Hinzuziehung von Sachverständigen ausgearbeiteter Plan zugrunde gelegt werden. Trotz aller Not muss es gelingen, die unbedingt erforderlichen Fürsorgeeinrichtungen aufrecht zu erhalten, um unsere Volkskraft in eine bessere Zukunft hinüber zu retten."

SPD. Der Einheitsverband der Eisenbahner hält in diesen Tagen 1000 grosse Kundgebungen im ganzen Reiche ab. Die Kampagne richtet sich gegen die Not der Gegenwart und die faschistischen Bestrebungen. Verschiedene Reichsbahndirektionen haben die Werbeplakate des Einheitsverbandes verboten, so u.a. die Direktionen Berlin und Dresden.

Das Berliner Verbot richtet sich gegen die Tagesordnung "Im Kampfe gegen Not und Diktatur". In Sachsen hat es der Verwaltung das Thema "Die Eisenbahner in der Eisernen Front" angetan. Ausserdem wurde dort der Satz beanstandet "Heute rufen wir, morgen schlagen wir!"

Das Vorgehen der Reichsbahnverwaltung muss aufs äusserste befremden und einschärfsten Protest aller Republikaner hervorrufen. Die Reichsbahngesellschaft, der grösste Arbeitgeber Deutschlands, fühlt sich berufen, der Harzburger Reaktion Vorschub zu leisten. Die Antwort der Eisenbahner auf diese Provokation der Reichsbahnverwaltung lautet: Nun erst recht schärfsten Kampf gegen Not und Diktatur - Hinein in die "Eiserne Front".

Massenbesuch der Versammlungen muss die Antwort sein.

SPD. Paris, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzende des Baseler Sachverständigenausschusses und Delegierte Italiens auf der Reparationskonferenz, Beneduce, ist am Dienstag in Paris eingetroffen und hat, nach dem "Journal des Débats", mit dem Engländer Leithrose und Finanzminister Flandin Unterredungen gehabt. Das Blatt glaubt, dass der italienische Delegierte im Laufe dieser Unterredungen die italienische These auseinandergesetzt hat, die einer radikalen Lösung des Reparationsproblems günstig sei.

SPD. Schwerin, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

In Mecklenburg sind die Nationalsozialisten seit einiger Zeit eifrig bemüht, die mecklenburgische Polizei in ihrem Sinn zu beeinflussen und nationalsozialistische Zellen zu bilden. Diese Zustände erforderndringend der Abhilfe.

Die Nationalsozialisten veranstalten zum Zwecke ihrer Einflussnahme auf die Polizei sogenannte "gewerkschaftliche Abende", zu denen sie briefliche Einladungen an Polizeibeamte ergehen lassen. Diese Briefe werden nicht selten durch den Diensthabenden an die Beamten weitergeleitet. So wurden kürzlich bei einer Feier von Polizeibeamten Aufnahmezettel für die Nationalsozialistische Partei verteilt. Ein Beamter, der den Eintritt in die Nazi-Partei ablehnte, wurde von dem nationalsozialistischen Polizei-Oberleutnant Susemihl beschimpft. Dieser Polizeioberleutnant, den selbst die mecklenburgische Rechtsregierung vor einigen Tagen strafversetzen musste, schwor dem deutschen nationalen Minister Dr. Schlesinger und den an der Versetzung dieses Polizeioberleutnants beteiligten Regierungsbeamten während seiner Abschiedsfeier im dritten Reich bittere Rache. Die offizielle Kapelle der Schweriner Ordnungspolizeibeamten spielte bei seinem Abschied ein nationalsozialistisches Kampflied. Gegen die Ordnungspolizeibeamten, die gemäss ihrem Eid und den Vorschriften des Ordnungspolizeibeamtengesetzes, das ausdrücklich die parteipolitische Betätigung in den Unterkunftsräumen und Beteiligung an Organisationen, welche die Verfassung auf nichtgesetzlichem Wege ändern wollen, verbietet, handeln wird nicht selten mit Drohungen vorgegangen.

In Berlin wurden kürzlich drei mecklenburgische Ordnungspolizeibeamte, die sich in Uniform befanden, von der Berliner Polizei aus einer Naziversammlung herausgeholt. Gegendiese Beamte, die vorläufig ihres Dienstes enthoben wurden, ist ein Verfahren eingeleitet worden.

Aus aller Welt

Vorstoss auf dem Schienenstrang.

Wichtige Neuerungen der Verkehrstechnik.

SPD. Jeder kennt die kleinen, grauen Steine, die auf dem Bahndamm aufgeschüttet sind, die Steine, auf denen Schwellen und Schienen ruhen. Trotz ihrer Unscheinbarkeit gehören sie als sogenannte "Gleisbettung" zu den wichtigsten Bestandteilen des Schienenwegs. Um die Gleisbettung zu erneuern, werden Jahr für Jahr allein für die Beschaffung dieser "kleinen Steine" etwa 40 Millionen Mark ausgegeben.

Man sollte annehmen, dass eine so kostspielige Ware nur dann gekauft wird, wenn ihre Qualität eindeutig feststeht. Und doch war es bis jetzt kaum möglich Güte und Dauerhaftigkeit dieser Gleisbettungsstoffe einwandfrei zu ermitteln. Mit den bisher bekannten Prüfverfahren konnte man Gesteine wohl für die Zwecke des Hochbaus und Strassenbaus, aber weniger für die Zwecke der Eisenbahn untersuchen. So war die Reichsbahn - besonders bei der Beurteilung der Zähigkeit des Gesteins - ausschliesslich auf ihre Erfahrungen und auf den Augenschein angewiesen.

Schon vor mehreren Jahren wurde eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die für eine genaue Untersuchung der Gleisbettungsstoffe wissenschaftliche Unterlagen schaffen sollte. Nach langwierigen Untersuchungen sind diese Vorarbeiten soweit gediehen, dass die Reichsbahn jetzt in Kassel eine eigene geologische Prüfstation einrichten konnte. Es ist gelungen, für die Qualität der verschiedenen Gesteinsarten Normen zu finden. Man kann nunmehr die Eignung eines Gesteins zahlenmässig genau so exakt bestimmen, wie man etwa den Helligkeitswert einer elektrischen Lampe oder die Leistung eines Motors in Zahlen ausdrücken kann.

Die neue Prüfstation ermittelt diese "Gütezahlen" an Hand der Gesteinsproben, die ihr aus allen Steinbrüchen regelmässig zugeschickt werden. In ihren Laboratorien durchlaufen diese Proben in bestimmter Reihenfolge die verschiedenen Stationen der Prüfverfahren. Maschinen von höchster Präzision schleifen das Gestein in unendlich feine Blättchen: drei Hundertstel Millimeter dünn. Die werden dann unterm Mikroskop im einfachen und im polarisierten Licht betrachtet - verraten auf Grund ihrer Zusammensetzung die Wetterfestigkeit des Gesteins. Lichtbilder, von einem mikrographischen Apparat mit fünfundzwanzigfacher Vergrösserung aufgenommen, halten das Untersuchungsergebnis fest. Anschliessend werden in den Kühlanlagen Frostversuche unternommen: sie sind um so wichtiger, als Gesteine von ungenügender Widerstandsfähigkeit allein durch Einwirkung von Frost völlig zerfallen können. Fünfundzwanzig Mal müssen die wassergetränkten Gesteinsproben gefrieren und wieder auftauen, um ihre Frostbeständigkeit zu beweisen. Wiederholt wird ihre Wasseraufnahme bei normalem Luftdruck und unter Druck ermittelt.

Bei Basalten tritt oft eine eigentümliche wissenschaftlich noch ungeklärte Verwitterungserscheinung auf: der "Sonnenbrand". Man hat für die Feststellung dieser Krankheit, die schon nach wenigen Monaten zum Zerfall der Steine führt, ein besonderes Laboratorium eingerichtet. Hier werden Basalte, die bei der mikroskopischen Untersuchung als "Sonnenbrenner" verdächtig scheinen, durch Kochen und Ätzen mit chemischen Lösungen nochmals untersucht.

Erst jetzt beginnt das wahre Fegefeuer, das die Gesteine auf Druck- und Schlagfestigkeit prüft. Um als Gleisbettungsstoffe Verwendung zu finden, müssen sie den Druck der darüber rollenden Züge aushalten können. So werden sie hier unter einem eisernen Stempel Belastungen bis zu 40 Tonnen Druck ausgesetzt. Das elektrisch angetriebene Fallwerk lässt einen Fallbären von 50 kg Gewicht aus-

einer Höhe von 50 cm fünfzig Mal auf die Gesteinsproben niedersausen. Die Schlagfläche des Fallbären ist der Stopfhacke nachgebildet, mit der die Steine unter die Schwellen "gestopft" werden. Schon jetzt wird also ermittelt, ob sie diesen Schlägen gewachsen sind.

"Fahrende Güterschuppen"

Der Wagenpark der Reichsbahn, der kürzlich durch den "Schienen-Zeppelin" schon auf eigenartige Weise bereichert wurde, hat wiederum merkwürdigen Zuwachs erhalten. Auch diesmal handelt es sich um einen Wagen, der in der Reihe der Schienenfahrzeuge einen ganz neuen Typ darstellt. Genau wie der "Schienen-Zeppelin" fährt er ohne Dampfkraft, ohne Lokomotive! Und genau wie jener ist er ein Triebwagen, der mittels Motorenkraft vorwärts eilt. Aber während der "Schienen-Zeppelin" dem Personenverkehr zu Gute kommt, dient das jüngste Erzeugnis des Wagenbaus dem Güterverkehr. Es ist der "Gütertriebwagen", der zum ersten Mal, in drei Exemplaren, das Licht der Welt erblickte.

In grossen, weissen Lettern zieht sich über die ganze Breite des Wagens die Aufschrift, die seine Bestimmung verrät: "Stückgut-Schnellverkehr". Nicht überall kann die Reichsbahn mit den schweren Güterzügen arbeiten, die für den Massenverkehr am wirtschaftlichsten sind. Der Kleinverkehr, besonders der von Stückgütern, verlangt kleine Einheiten, "Autos auf Schienen", die leicht beweglich sind, also schneller und häufiger fahren. Bereits vor zwei Jahren wurden die ersten Versuche unternommen. Ein Gepäckwagen und ein grossräumiger Güterwagen wurden kurz zusammengekuppelt, die einander zugekehrten Wände wurden herausgenommen und durch einengeschlossenen Uebergang ersetzt, sodass ein einziger grosser Raum entstand. Davor kam eine Lokomotive - und das Ganze ergab den "Leig", den "Leichten Güterzug".

Schon dieser erste Versuch bedeutete einen erheblichen Verkehrsfortschritt. Die Stückgüter, die früher eine Reisegeschwindigkeit von nur 10 Km-Stunde hatten, wurden jetzt im "Leig" mit 45,4 Km/Stunde befördert - also über viermal schneller! Hinzu kam ein weiterer Vorteil, der die Abfertigung der Stückgüter wesentlich beschleunigte und dem "Leig" den Beinamen eines "fahrenden Güterschuppens" eintrug. Die Zusammenfassung der beiden Wagen zu einem einzigen grossen Raum ermöglichte es nämlich, die Güter während der Fahrt zu bearbeiten: sie werden geordnet, nach ihren Bestimmungsorten in Behältern und auf Plattformen zusammengefasst und für die Ausladung vorbereitet. Kurz: die Arbeiten, die sonst unter grossem Zeitverlust im Güterschuppen auf dem Bahnhof vor sich gehen, können hier im "fahrenden Güterschuppen" erstmalig unterwegs verrichtet werden! Auf den Zwischenstationen gelangt der kleine Zug unmittelbar an die Schuppen und Ladebrücken heran, das unterwegs in Behälter gefüllte Gut wird rasch herausgerollt, und nach wenigen Minuten geht die Reise weiter - ohne die umständlichen Rangiermanöver, die bei langen Güterzügen unvermeidlich sind.

Aber man gab sich damit noch nicht zufrieden. Die lange, schwere Dampfmaschine passte nicht recht zu dem leichten, kurzen Wagenpaar, dem sie vorgespannt war. Das bedeutete noch zuviel Aufwand, zuviel Umständlichkeit für die angestrebte Höchstform an Beweglichkeit. So entstand der "Gütertriebwagen". Die Lokomotive ist verschwunden und an ihre Stelle trat ein 150-PS-Maybach-Dieselmotor, der im Wagen selbst untergebracht ist. Die bis jetzt gebauten Versuchsfahrzeuge haben sich gut bewährt. Da sie bis zu 65 Km/Stunde fahren, reisen Stückgüter heute bereits genau so schnell wie Personenzüge.

+ + +

Goldfunde! In der Nähe der Stadt Oaguio (Philippinen) wurden in einem Gebiet von mehreren Quadratmeilen reichhaltige Goldadern entdeckt. Da die Funde ein Goldgehalt von 300 bis 3 000 Dollar pro Gesteinstonne aufweisen, scheint die Ausbeutung zu lohnen.

+ + +

Ein falscher Wendel-Erbe. In Wien wurde der Kunsthändler Joseph Kuderna unter der Beschuldigung verhaftet, ein "falscher Erbe" zu sein. Beim Tode der vor 1½ Jahren in New York verstorbenen hundertfachen Dollar-Millionärin Elie Wendel hatte sich Kuderna neben anderen zahlreichen Bewerbern aus aller Welt als erbberechtigt gemeldet. Kuderna erbrachte den Nachweis seiner Verwandtschaft mit der Verstorbenen mit Hilfe scheinbar einwandfreier Dokumente. In- des ist jetzt festgestellt worden, dass diese Dokumente auf geschickte Weise gefälscht waren.

† † †
Sarrasani-Grossfeuer. Am Mittwoch morgen brach in dem zurzeit in dem Ant- werpener Vorort Benchem gastierenden Zirkus Sarrasani ein Grossfeuer aus. Auss- mehreren Magazinbauten wurde vor allem der grosse Elefantenstall betroffen. Sieben Elefanten, die nicht schnell genug von den eisernen Ketten befreit wer- den konnten, verbrannten, fünf sind in hoffnungslosem Zustand, mehrere erlit- ten leichtere Brandverletzungen. Auf einige Elefanten, die rechtzeitig abge- kettet werden konnten und führerlos in die Nachthinausstürzten, wurde von der Polizei geschossen.

Der gesamte Sachschaden beläuft sich auf ungefähr eine Million Reichs- mark. Der Kostümfundus des Zirkus - darunter die original javanischen Kostüme im Werte von 300 000 Mark - die Sattler- und Schneiderwerkstätten, sowie mehre- re Ballettwagen sind vernichtet worden. Der Sachschaden ist zwar durch Versi- cherung gedeckt, aber infolge der Unmöglichkeit, in der nächsten Zeit Zirkus- vorstellungen zu veranstalten, dürfte das Personal schwer geschädigt sein.

Es wird die Vermutung ausgesprochen, dass der Antwerpener Sarrasani-Bau von belgischen Chauvinisten in Brand gesteckt worden ist. Belgische Nationali- sten haben wiederholt ihre feindselige Einstellung gegenüber dem Unternehmen zum Ausdruck gebracht. Kurz vor Ausbruch des Feuers erhielt die Direktion eine anonyme Postkarte folgenden Wortlauts: "Die meisten Antwerpener halten Euch für eine Horde von Aufrührern und Dieben. Macht Euch schleunigst weg von hier, wenn Ihr nicht Eure Zirkusstadt in Flammen aufgehen sehen wollt." Nach der Vor- stellung am Dienstag abend sollen in einer der Zirkusgarderoben mehrere ver- dächtige Personen gesehen worden sein.

Es hat auch sehr befremdet, dass die Antwerpener Feuerwehr trotz wieder- holter dringender Hilferufe erst zwei Stunden nach Ausbruch des Feuers an der Brandstätte erschien. Schliesslich half belgisches Militär unter Leitung des Antwerpener kommandierenden Generals bei den Löscharbeiten, Nur mit grösster Mühe gelang es den Dresseuren und Dompteuren, die Raubtierwagen aus der Brand- zone herauszuziehen. Die in Käfigen untergebrachten Tiere waren infolge des Qualms, Rauchs und Feuerscheins ausserordentlich erregt.

† † †
Vorfrühling. Am Mittwoch wurden am Rhein zehn, in England 12 Grad Wärme gemessen. Es wird voraussichtlich noch wärmer werden.

† † †
Wieder einmal Egloffstein. Auf Veranlassung der Berliner Staatsanwalt- schaft wurde unter dem Verdacht der Hehlerei der bekannte Hochstapler Frei- herr von Egloffstein-Oertel wieder einmal verhaftet. Egloffstein soll sich im Zusammenhang mit den zahlreichen Berliner Autodiebstählen der letzten Monate schuldig gemacht haben. Auch Egloffsteins langjährige Freundin, Anna Bonnet, ist festgenommen worden.

† † †
Eisopfer. In Kalies (Pommern) brach ein sechsjährige Junge beim Schlit- tenfahren auf dem Eise des Mühlenteiches ein. Der Knabe kam ums Leben - ebenso sein Vater, der ihn retten wollte; der Vater war Musiker, er hinterlässt eine Frau und vier kleine Kinder.

Gewerkschaftliche Rundschau

Es geht um die Wurst.

Die Wirtschaftswurst des Langnam-Vereins.

SPD. Vor einiger Zeit gab der Langnamverein ein illustriertes Flugblatt heraus, in dem den hohen Löhnen die Schuld an der Einschrumpfung der Wirtschaft zugeschrieben wird. In der Illustration wird der Arbeiterschaft an einer auf einem Tisch liegenden Riesenwurst gezeigt, dass, wenn einige ein zu grosses Stück haben wollen, für einen Teil nichts übrig bleibt. Die, die nichts abbekommen, stellen die Arbeitslosen dar. -

Der Langnamverein arbeitet nach dem schönen Spruch: Es ist nichts zu dumm - es findet doch sein Publikum. Wenn er statt der Arbeiter, die an dem Tisch mit der Wurst sitzen, die Herrschaften Lahusen und Katzenellenbogen und die Favag-Direktoren hingesetzt hätte, dann könnte die Sache einigermaßen stimmen. Schade, dass sich noch keiner darangemacht hat, einmal die Zahl der Generaldirektoren, Direktoren, Prokuristen und sonstigen leitenden Personen nebst Bezügen von früher und jetzt miteinander in Parallele zu stellen. Dann würden wahrscheinlich manchem die Augen aufgehen. Er würde dann sehr schnell herausfinden, wer sich von der Wirtschaftswurst bisher das grösste Stück abgeschnitten hat. Für heute nur ein kleines Beispiel dafür:

Einem Werk der Grobkeramik steht ein Mann vor, der heute vom Staat 9 800 Mark Pension bezieht und als Leiter des Werkes 42 500 Mark Gehalt hat. Dieses Werk zählte in der Friedenszeit 675 bis 700 Beschäftigte. Bei dieser Belegschaftsstärke waren 1 Direktor und 2 Prokuristen vorhanden.

Heute -sind in diesem Werk nur 180 bis 200 Beschäftigte, trotzdem aber 3 Direktoren und 9 Prokuristen. Der Direktor bekam in der Vorkriegszeit ein Gehalt von 8 000 Mark; heute bezieht er, wie schon erwähnt, 42 500 Mark neben seiner staatlichen Pension von 9 800 Mark. Was seine beiden Mitkollegen und die Prokuristen beziehen, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls bekommen diese ein Vielfaches dessen, was in der Vorkriegszeit für ihre Posten ausgegeben wurde oder ausgegeben worden wäre, wenn sie besetzt gewesen wären.

Das ist nur ein Beispiel für Tausende. Auch dort, wo die Beschäftigtenzahl auf ein Bruchteil der Belegschaft der Vorkriegszeit herabgesunken ist, sind heute meist um 200 bis 400 Prozent mehr führende Angestellte vorhanden, die alle von der Wurst des Langnamvereins sich die grössten Stücke abschneiden. Die deutsche Wirtschaft krankt an ganz anderen Dingen als an zu hohen Arbeitelöhnen.

+ + +
Gerade die Grobkeramik ist ein Schulbeispiel dafür, wie wenig die Nocharbeitenden von der Wirtschaftswurst abbekommen, obwohl die Zahl der arbeitslosen Kollegen immer mehr zunimmt. Riesige Stilllegungen sind vorgenommen worden. Wie stark der Rückgang der Beschäftigung in der Grobkeramik ist, kann man aus den Zahlen der Schlussberichte über die Lohnbewegungen entnehmen. Bei den Tarifbewegungen 1928/29 wurden insgesamt 5 558 Betriebe mit 215 420 Beschäftigten angegeben, 1931 dagegen nur noch 4 189 Betriebe mit 129 150 Beschäftigten, also 1 029 Betriebe mit 86 270 Beschäftigten weniger wie 1928/1929. Dabei entsprechen diese Zahlen noch nicht einmal voll der Wirklichkeit. In der Ziegelindustrie hat z.B. die grösste Anzahl der Betriebe in vielen Bezirken nur ganz kurze Zeit gearbeitet. Aus einigen kleineren Bezirken Süddeutschlands wird gemeldet, dass sämtliche Ziegelbetriebe schon jahrelang ihre

Pforten geschlossen halten und gar keine Aussicht auf Wiederaufnahme der Produktion sei. Aehnlich liegt es in der Zementindustrie. Der grösste Teil der Betriebe ist entweder ganz stillgelegt oder nur ein Bruchteil der normalen Belegschaft arbeitet.

Trotzdem also die ganze Last der Krise auf die Arbeiter abgewälzt ist, herrscht überall schärfster Lohndruck und zwar auch dort, wo fast gar nicht produziert wurde. Auch dort wurden die Lohntarife und zu einem grossen Teil auch die Manteltarife gekündigt. Wo die Arbeitgeber zum Tarifabschluss bereit waren, forderten sie selbstverständlich die kürzeste Frist für einen solchen Abschluss. Bei den Verhandlungen verzichteten sie darauf, überhaupt noch wirtschaftliche oder sonstige Erwägungen für ihre Lohnabbauforderungen zur Geltung zu bringen. Sie erklärten einfach offen und brutal, sie müssten soundsoviel Lohnkürzung haben und damit basta. Vor allem die Unternehmer der Ziegelindustrie haben sich hier wenig rühmlich hervorgetan. Dass die Unternehmer viel Unterstützung bei den Schlichtungsinstanzen fanden - wer wollte sich darüber wundern? Die gewerkschaftlichen Unterhändler betrachteten infolgedessen vielfach ein Schlichtungsverfahren für überflüssig, da sie bei ihm ja doch nicht besser wegkamen als in freien Verhandlungen.

Dennoch gelang es der zähen Verhandlungsarbeit der Gewerkschaften, sowohl in der Ziegel- wie in der Zement, wie in der Betonwaren-, Kalk- und Gips-Industrie, die Lohnabbauforderungen zurückzudrängen und durch Tariferneuerung den vielfach eingerissenen tariflosen Zuständen, die der Willkür der Arbeitgeber Tür und Tor öffneten, ein Ende zu setzen. Selbstverständlich mussten viele Einzeltarife abgeschlossen werden, weil infolge der Auflösung der Arbeitgeberverbände ein für mehrere Werke abgeschlossener Tarifvertrag nicht mehr zustande kam. Dass bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage vor allem in der Grobkeramik die Arbeiter in der Lohnfrage grosse Opfer bringen mussten, versteht sich von selbst. Sie haben von der Wirtschaftswurst am allerwenigsten bekommen.

Wenn aber nächstens gar keine Löhne mehr gezahlt werden sollten, dann wird die Unternehmerpresse noch immer das Märchen von den zu hohen Löhnen weiter erzählen. Man sieht ja auch an den Vorgängen in der Württembergischen Schuhindustrie wie in der Rheinschiffahrt und an verschiedenen anderen Stellen, dass die Unternehmer auch mit der Lohnsenkung der Notverordnung noch lange nicht zufrieden sind. Selbst essen, macht fett. Das ist ihre Wirtschafts- wurst-Programm. Dem Arbeiter überlassen sie grossmütig vielleicht den -Wurstzipfel. Sie sind ja keine Unmenschen.

SPD. Den Arbeitgebern der Rheinschiffahrt genügt der bisherige Lohnabbau noch nicht. Sie möchten die Löhne noch unter den Stand vom 10. Januar 1927, den die Notverordnung zur Richtschnur genommen hat, heruntergedrückt haben. Da der Schlichter für die Rheinlande ihnen diesen Wunsch nicht erfüllen konnte, wollen sie jetzt zur Selbsthilfe schreiten. Sowohl der Allgemeine Arbeitgeberverband für die Rheinschiffahrt in Duisburg wie der Mannheimer Arbeitgeberverband beabsichtigen, sich aufzulösen und ihre Tätigkeit nur noch auf das Landpersonal in den Häfen selbst zu beschränken. Die entsprechenden Beschlüsse sollen schon in den nächsten Tagen getroffen werden.

Die Rheinreeder wollen also die Tariffähigkeit dieser beiden Verbände für Verhandlungen mit dem fahrenden Personal aufgeben. Auf diese Weise sollen die Gewerkschaften gezwungen werden, mit den Reedereien einzeln zu verhandeln.

Was die Rheinreeder vor haben, überrascht nicht. Ob sie aber mit ihren Plänen Glück haben, ist eine andere Frage. Sie vergessen, dass die Hafen- und Speditionsarbeiter der gleichen Organisation angehören wie die Binnenschiffer. Das Rheinschiffahrtspersonal - Binnenschiffer und Hafendarbeiter - wird, wenn am 30. April der Tarifvertrag abläuft, nicht mit sich spielen lassen.

Das ewige Gejammer über die zu hohen Löhne der Rheinschiffahrt, mit dem auch die Pläne zur Auflösung der Arbeitgeberverbände begründet werden, grenzt allmählich an groben Unfug. Die Löhne der Rheinschiffahrt sollen immer noch über den holländischen Löhnen liegen? Das Rheingutachten betonte seinerzeit, dass sie bis zu 25 Prozent über den holländischen Löhnen stünden. Seitdem sind die deutschen Löhne sehr beträchtlich abgebaut worden. Die verschiedenen Abbauschiedssprüche ergeben eine Einkommensminderung von mehr als 25 Prozent. Mit dem Gerede über zu hohe Löhne sollte man den Gewerkschaften endlich vom Halse bleiben.

+ + +

In der holländischen Seeschiffahrt wollten die Reeder die Heuer um 15 % senken. Ihr Versuch misslang jedoch. Es wird zunächst zu den alten Sätzen weiter gearbeitet. Nun versuchen die Reeder in deutschen Häfen hintenherum Seeleute anzuheuern. Sie bieten 20 bis 25 % weniger, als sie dem holländischen Vollmatrosen geben müssen.

Vielleicht sehen die amtlichen Vermittlungsstellen den anscheinend mit wilder gewerbsmässiger Vermittlung arbeitenden holländischen Lohndrückern etwas auf die Finger.

SPD. Wie Szenen aus Dantes Inferno lesen sich die Schilderungen der geretteten Bergleute der Karstengrube bei Beuthen in Oberschlesien. Von wahrhaft erschütternder Wucht sind folgende neue Einzelheiten aus den Mitteilungen des Bergmanns Slama, der seine Kameraden immer wieder aufrichtete und zum Ausharren ermutigte. Slama erzählt:

"Wir standen unweit der Bühne am Haspel, als der Schlag kam. Durch den Luftdruck wurde der Haspel aus seiner Verzimmerung gerissen und umgestülpt, die Menschen auseinandergefegt. Ich kam auf den Haspel zu liegen. Weiss wurde gegen die Wagen geschleudert. Er versuchte, sich am Wagen festzuhalten, da kam schon der Stein herunter. Riesenblöcke waren es, viele, viele Zentner schwer. Sie klemmten Weiss die Finger fest und quetschten ihm die Beine.

Wir waren ohne Licht. Ununterbrochen prasselte der Stein herunter. Und dann war es still. Nur unser Schreien und das Rufen nach Licht, vermischt mit dem Geräusch des nachrieselnden Gerölls waren vernehmbar. Nachdem wir fünf Stunden im Finstern umhergekrochen waren, fanden wir eine Lampe und Streichhölzer und kamen zu Licht.

Wir wollten Weiss befreien, konnten es aber nicht, denn wir hatten ja kein Werkzeug. Mit den Händen waren die mächtigen Steinblöcke von Weiss nicht wegzukriegen. Man musste ihn seinem Schicksal überlassen. Ueber zwei Tage und Nächte hat er gelitten, dann starb er. Kurz vor seinem Hinscheiden sagte er noch zu mir: "Alfred, grüss' meine Frau und das Kind."

Auf der andern Seite fanden wir Misch zwischen den Stempeln. Eine ungeheure Last lag auf seinem Rücken. Mit den Fingern versuchte er sich herauszukralen und seine unmenschliche Last loszuwerden. Vergeblich. Drei Tage und vier Nächte dauerte sein Kampf. Dann hatte er es auch überstanden."

Bergmannslos!

SPD. Der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums über die Reform der Sozialversicherung dürfte in 14 Tagen fertiggestellt sein. Unter diesen Umständen kann durch Untersuchungen des Reichssparkommissars - nach dem Muster seiner Prüfung der Sparmöglichkeiten auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung - in der Verwaltung der Sozialversicherung deren Umorganisation kaum mehr beeinflusst werden. Die Sanierungsarbeit innerhalb der Sozialversicherung ist aber schliesslich ja auch nicht durch den Sparkommissar zu bewältigen.



Erntesorgen.

Das Reich soll Garantien für Düngemittelkredite übernehmen.

SPD. Mitten im Winter überfallen uns Erntesorgen. Wir stehen dicht vor der Zeit, wo den Saaten künstlicher Düng gegeben werden muss. Die Landwirtschaft kauft aber keinen Kunstdünger und kann ihn auch nach Lage der Dinge in den meisten Fällen nicht beziehen.

Der Absatz von Stickstoff ist in den letzten Monaten stark zurückgegangen. Im Stickstoffsyndikat schätzt man, dass die deutsche Landwirtschaft in diesem Jahre wohl rund 100 000 Tonnen Reinstickstoff weniger verwenden wird als im Vorjahr, sofern der Absatzrückgang in den nächsten Monaten sich auch nur annähernd so katastrophal gestaltet wie im Monat Dezember 1931. Den Verbrauch an Reinstickstoff im vorigen Jahr kann man mit etwa 350 000 Tonnen annehmen. Bei der Stickstoffdüngung liegt es auch so, dass drei Viertel des in den Boden gebrachten Stickstoffes von den Pflanzen sofort aufgenommen wird. Eine verminderte Stickstoffdüngung muss sich, da man hier von einer Vorratsdüngung wie beim Thomasmehl nicht sprechen kann, unmittelbar in verminderten Hektarerträgen auswirken. Man nimmt an, dass ein verminderter Verbrauch von 100 000 Tonnen Reinstickstoff einen Ausfall in der Ernte von 2 bis 2,5 Millionen Tonnen Getreide bedeuten wird. Dass das, abgesehen von der Ausräuberung und Ausbeutung des Bodens, unsere Ernährungslage und unsere Handels- und Zahlungsbilanz stark beeinflussen muss, versteht sich von selbst.

Nun haben wir im Lande grosse Stickstoffanlagen und es ist nicht einzusehen, dass man hier Arbeiter feiern lässt und die Arbeitszeiten verkürzt, mit dem sicheren Erfolg, dass sich im nächsten Getreidejahr die gegenwärtige Knappheit noch steigert und das Brot verteuert. Etwas anderes kann nämlich aus einer verringerten Verwendung von künstlichem Dünger nicht herauskommen. Dass die Regierung hier eingreift und eine hinreichende Düngung sicherstellt, ist nach unserer Auffassung ganz selbstverständlich, ebenso aber auch, dass man der geschwächten Reichskasse nicht unnötigerweise neue Opfer aufbürdet. Hier ist die Frage von Bedeutung, wie es zur Zurückhaltung der Landwirtschaft im Bezug von Düngemitteln gekommen ist? Gewiss hat der Rechtsradikalismus in den letzten Monaten der Landwirtschaft die Vorteile einer extensiven Wirtschaft, die die deutsche Erzeugung drücken und auf die Dauer die Preise steigern muss, in den schönsten Farben gemalt, aber der Landwirtschaft auch verschwiegen, dass die Einnahmen mit dem verringerten Ertrag ihrer Felder fallen müssen. Wir verweisen nur auf die landbündlerische Propaganda, keine Düngemittel, keine Maschinen usw. zu kaufen. Aber diese Propaganda ist nicht ausschlaggebend. Vielmehr hat sich das Moratorium für die Landwirtschaft ausgewirkt. Nach den Ostverordnungen braucht die Landwirtschaft mal erst bis zum Herbst 1932 ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachzukommen und auch nach diesem Termin weiss kein Mensch, wie man den Zahlungs- und Kreditverkehr in der Landwirtschaft wieder in Gang bringen will. Der Kredit der Landwirtschaft, besonders im Osten, ist glatt vernichtet und man darf sich nicht wundern, wenn Handel und Genossenschaften sich weigern, auch solchen Landwirten, die z.B. Stickstoff kaufen wollen, Kunstdünger auf Kredit zu liefern.

Vor den Auswirkungen eines Moratoriums für die Landwirtschaft haben wir

immer gewarnt. Trotz dieser Warnungen hat sich die Reichsregierung dazu entschlossen. Die Folgen sind eine Vernichtung des landwirtschaftlichen Kredits, die Unmöglichkeit auch für Landwirte, die vernünftig wirtschaften und auf das Moratorium verzichten können, Dünger auf Kredit zu beziehen, und schliesslich eine nicht unbedenkliche Gefährdung der kommenden Ernte. Die Regierung hat das Moratorium für die Landwirtschaft verordnet. Man kann sie nicht von der moralischen Pflicht freisprechen, sich jetzt mit den Folgen dieses Moratoriums auseinanderzusetzen und Massnahmen zu treffen, um eine Gefährdung der Ernte zu verhüten. Das Moratorium für die Landwirtschaft hat man damit begründet, dass sonst die Ernte gefährdet würde. Jetzt stellt sich heraus, dass gerade dieses Moratorium die Ernte gefährdet.

In der letzten Zeit hat man eine Reihe von Projekten erwogen, um gegen die angedeuteten Gefahren anzukämpfen; u.a. ist der Gedanke aufgetaucht, den Düngemittelkrediten Vorrang vor den ersten Hypotheken zu geben. Man kann annehmen, dass dieser Gedanke fallen gelassen worden ist. Dagegen wird ein anderes Projekt, nach dem das Reich Garantie für die Düngemittelkredite übernimmt, stark debattiert und es besteht Aussicht, dass etwas aus diesem Gedanken wird. Wie es heisst, soll das Reich Garantie bis zu 25 Prozent übernehmen.

Die Notwendigkeit eines solchen Schrittes kann man nicht leugnen. Aber man muss verhüten, dass das Reich schliesslich auf faulen Düngemittelwechsell sitzen bleibt. Deshalb wäre wohl der Gedanke zu ventilieren, dass man dem Reich nicht die Bürgschaften in Bausch und Bogen aufhalst, sondern dass die Angelegenheit so geregelt wird, dass das Reich für jedes Geschäft gesondert die Garantie übernimmt.

SPD. Im Reichswirtschaftsministerium werden Pläne erwogen, die deutsche Treibstoffproduktion stärker als bisher zur Befriedigung des deutschen Bedarfs anzuspannen und einen Einheitstreibstoff zu schaffen. Es handelt sich um Pläne, über die bisher unter den Interessenten selbst noch keine Einigung erzielt werden konnte, die aber seit Monaten immer wieder erörtert werden.

Als deutscher Grossproduzent kommt zunächst die I.G. Farbenindustrie mit ihrem Leunawerk (synthetisches Benzin) in Frage, die ihre Leistungsfähigkeit im Laufe des vorigen Jahres auf 350 000 Tonnen gesteigert hat. Die Raffinerie Misburg, die von der Preussischen Bergwerks A.-G. (Preussag) in Verbindung mit der Oelgewerkschaft Elwerath und dem Kalikoncern Wintershall gebaut und die nach einem nordamerikanischen Krackverfahren besonders hannoversches Erdöl verarbeiten wird, dürfte im Jahre 70 000 bis 80 000 Tonnen liefern können. Der gesamte Treibstoffbedarf in Deutschland wird in den vorliegenden Projekten mit 1,5 Millionen Tonnen angenommen. Man geht weiter davon aus, dass die Gewinnung von Benzol aus Kohle jährlich 150 000 Tonnen erbringt. 150 000 Tonnen Alkohol will man dem Reichsbranntweinmonopol abnehmen, das ja auf Beständen in Höhe von 2 Millionen Hektolitern rettungslos festsetzt. Der Beimischungszwang von Monopolsprit zum Benzin soll 10 Prozent betragen, was technisch durchaus möglich ist. Wirtschaftlich wird das erst tragbar, wenn es gelingt, den äusserst hohen Preis für Monopolsprit zu senken. Das will man erreichen, indem man dem deutschen Einheitstreibstoff 10 Prozent des billigeren Methylalkohols zusetzt, für den als Grosslieferant ebenfalls die I.G.-Farbenindustrie (Leuna) in Frage kommt.

Hinsichtlich der Kosten denkt man an eine Rationalisierung bei den Zapfstellen. Wir haben in Deutschland etwa 50 000 Zapfstellen, von denen, nach Auffassung der Väter des Projektes, rund die Hälfte stillgelegt werden könnte. Bei einer Vereinigung fielen auch die nicht unbedeutlichen Reklamekosten weg. Bis jetzt bedient sich die I.G. Farbenindustrie der fremden Zapfstellen. Das Recht, Leunaöl durch fremde Zapfstellen zu vertreiben, ist der I.G.-Farbenindustrie seiner Zeit von den ausländischen Oelkonzernen eingeräumt worden,

als diese das Hydrierverfahren von der I.G. Farben übernahmen.

Wie uns von anderer Seite mitgeteilt wird, sind mit dem neuen Einheits-
treibstoff, u.a. bei Behörden, Versuche gemacht worden, die gut ausgefallen
sind.

SPD. Die an den Stillhalteverhandlungen beteiligten Vertreter der deut-
schen Wirtschaft, Geheimrat Kastl vom Reichsverband der deutschen Industrie,
Dr. Weidels von der Berliner Handelsgesellschaft und Dr. Schlieper von der
Deutschen Bank-Diskontogesellschaft, haben dem deutschen Stillhaltekomitee
Bericht über den Verlauf der bisherigen Auseinandersetzungen mit den Vertre-
tern der ausländischen Banken gegeben. Neues ist dabei kaum bekannt geworden.
Auch besteht nicht gerade viel Aussicht, dass die Verhandlungen noch vor der
Lausanner Konferenz abgeschlossen werden können. Wahrscheinlich verbleibt es
zunächst bei einer Verlängerung der kurzfristigen Kredite um ein Jahr.

In der Zinsfrage scheinen die Gegensätze noch nicht ausgeglichen zu sein,
obwohl in einem vorliegenden Entwurf von "vernünftigen Sätzen" gesprochen
wird, die man den Deutschen zugestehen wolle. Von grösserem Interesse sind
zwei neue Projekte, von denen das eine ursprünglich von den schweizer Gläu-
bigern ausging. Dieses Projekt sieht vor, dass ein Teil, der kurzfristigen
Schulden deutschen Anlagen (Hypotheken, Aktien usw.) zugeführt wird. Das an-
dere Projekt zielt auf die Bildung eines Trustfonds ab. Mit Hilfe dieser Ein-
richtung will man die Mobilisierung eines Teils der kurzfristigen Schulden
in der Art durchführen, dass die deutschen Banken erstklassige Sicherungen ih-
rer Kunden geben. Aufgrund dieser Sicherungen will man Werttitel schaffen, die
in einem vorliegenden Entwurf als "Noten" bezeichnet werden und die interna-
tional gehandelt werden sollen. Hier sieht das Projekt eine Verzinsung in
Höhe von 6 Prozent vor.

SPD. Der Abschluss der Hypothekenbank in Hamburg, der die Bilanzveröffent-
lichungen der grossen Realkreditinstitute einleitet, gibt recht interessante
Einblicke in die Auswirkungen der Krise auf das Realkreditgeschäft. Er enthält
auch ein Urteil über die durch die Notverordnung verfügte Zinssenkung, das da-
hin geht, dass sie die Verwaltungsarbeiten und die Verwaltungskosten erhöht und
das Neugeschäft sperrt; durch solche Massnahmen würde die Krise hingeschleppt
und der individuelle Reinigungsprozess aufgehalten. Die Verwaltung der Hambur-
ger Hypothekenbank setzt sich auch für eine baldige Wiederöffnung der Börsen-
ein.

Der Umfang der Realkredite musste sich unter Auswirkung der Bankenkrise
einschränken. Bei der Hamburger Hypothekenbank wurden bis Ende Mai 1931 = 8,4
Millionen Mark neue Pfandbriefe netto abgesetzt; im ganzen Jahr konnte dagegen
nur ein Reinzugang im Pfandbriefumlauf in Höhe von 1,7 Millionen Mark erzielt
werden. Die Absatzverhältnisse haben sich also ganz bedeutend verschlechtert.
Der Gewinn des Instituts wird mit 1,13 Millionen Mark angegeben gegenüber
1,64 Millionen Mark im Vorjahr. (Dividende 6 % gegen 10 % im Vorjahr). Die Ein-
nahmen haben sich dagegen besonders bei den Hypothekenzinsen, Provisionen und
Pfandbriefzinsen, gesteigert. Wenn diese Steigerung bei immerhin erheblicher
Unkostenverminderung nicht zum Ausdruck kommt, dann liegt das in den reichli-
chen Abschreibungen, die vorgenommen worden sind und zwar unter Berufung auf
Zinsrückstände, Kapitalverluste bei Zwangsversteigerungen, den Erwerb von Pfand-
grundstücken zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken usw. An Hypothekenzins-
rückständen sind z.B. 660 000 Mark abgeschrieben worden und an Verlusten an Hy-
pothekenskapital über 65 000 Mark. Dazu kommt eine Erhöhung des Vortrages um
über 50 000 Mark und die Bildung einer Steuerrücklage von über 300 000 Mark.

Aus Reserven und Disagogewinnen im Pfandbriefgeschäft wurde u.a. der Wertpapierbesitz völlig abgeschrieben. Offenbar hat man auch die stillen Reserven angegriffen, um Abschreibungen für solche Grundstücke durchzuführen, die in ihrem Wert infolge der Krise durch stärkere Senkung bedroht sind. Von den Bilanz erleichterungen entsprechend der Notverordnung hat das Institut keinen Gebrauch gemacht,

SPD. Die Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums über die Durchführung der Preissenkung für Treibstoffe hat in der Öffentlichkeit scharfen Widerspruch hervorgerufen.

Das Reichswirtschaftsministerium hat gegenüber der Betriebsstoffkonvention von seinem Recht, Ausnahmen von der 10%-igen Senkung der Kartellpreise zuzulassen, Gebrauch gemacht und durch eine Bekanntmachung eine Preissenkung von nur 2 - 2½ Pfg. per Liter für Treibstoffe gegenüber dem Stand vom 30. Juni 1931, aber unter Aufrechnung der bereits gewährten Verbraucherrabatte für ausreichend erachtet. Da in den Städten Berlin, Hamburg, München, Dresden, Frankfurt bereits ein Sondernachlass von 2 Pfg. je Liter gewährt wurde, tritt also für die Hauptverbrauchsplätze tatsächlich keinerlei Verbilligung ein. Die den Konzernen verbleibende Vertriebsspanne von rund 10 Pfg. per Liter ist wesentlich höher als im gesamten Ausland. Es darf nicht zugelassen werden, dass auf den Verbrauch die übermässigen Kosten und Lasten eines im Konzernkampf unsinnig aufgeblähten Vertriebsapparates abgewälzt werden. Das Reichswirtschaftsministerium hat unseres Erachtens die Pflicht, diese Spanne weiter herabzusetzen und auf eine allgemeine Verbilligung der Treibstoffe hinzuwirken.

Viel ärger aber liegen die Verhältnisse in dem sonstigen Mineralölgeschäft und geradezu aufräzend im Leuchtpetroleumvertrieb. In dem Handel mit Motorenöl und Schmieröl, der grösstenteils in der Hand der grossen Konzerne bzw. ihrer Tochtergesellschaften liegt, sind die Gewinnzuschläge bzw. Rabattgewährungen in Höhe von 50 % gang und gäbe und gehen teilweise noch beträchtlich darüber hinaus. Gegen diese Uebertuerung hätten die zuständigen Stellen längst eingreifen müssen.

Geradezu als ein Skandal aber muss die phantastische Uebertuerung des Petroleums, also in erster Reihe des Leuchtölverbrauchs, bezeichnet werden. Der Preis für Leuchtpetroleum ist trotz des gewaltigen Preissturzes für Oele nicht herabgesetzt worden. Der Kleinabgabepreis beträgt in den Grosstädten nach wie vor zumeist 40 Pfg., auf dem Lande 45 Pfg. pro Liter. Demgegenüber beträgt der Importpreis gegenwärtig nur 3 - 3½ Pfg. Zoll und Spiritusabgaben ca. 10 Pfg. pro Liter. Die Spanne zwischen dem Einstandspreis der Konzerne von ca. 13½ und dem Kleinverkaufspreis von 40 bzw. 45 Pfg. beträgt also mehr als 200 %. Diese gewaltige Uebertuerung, die man geradezu als wucherisch bezeichnen muss und von der gerade die aller ärmsten Volksschichten betroffen werden, wird offenbar dadurch ermöglicht, dass das Petroleumgeschäft faktisch von zwei grossen Konzernen, von Dapolin und Olex, beherrscht werden, den deutschen Tochtergesellschaften des Standard-Oil-Konzerns bzw. der Anglo-Persian Company. Hier liegt faktisch eine monopolistische Uebertuerung vor, gegen die längst hätte eingegriffen werden müssen.

SPD. Die dem preussischen Staat gehörende Preussische Elektrizitäts A.G. (Preag) und die ihr angeschlossenen Stromverteilungsgesellschaften haben eine grosszügige Tarifsenkung vorgenommen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass bei der Preag schon vorher, z.B. gelegentlich der Zusammenfassung und Uebernahme kommunaler und sonstiger Verteilungsnetze Strompreissenkungen in Kraft getreten sind.

Die neuen Preissenkungen beziehen sich auf fast alle Gruppen der Stromverbraucher. Im hannover=braunschweigischen Gebiet ist der Kleinkrafttarif für die gewerblichen und landwirtschaftlichen Tarife umgebildet worden. Es wurde ein Blocktarif als Wahltarif geschaffen, der einen Grundpreis von 26 Pfennigen je Kilowattstunde vorsieht und sich stoffelweise entsprechend den Benutzungsstunden bei den einzelnen Abnehmern bis auf 12 Pfennig senkt. Ein Kleinkraftabnehmer z.B., der entsprechend seiner Abnahme nach der bisherigen Tarifform im Durchschnitt einen Preis von 22 Pfennigen je Kilowattstunde zu zahlen hatte, wird infolge der Ermässigung auf 17,5 Pfennig im Durchschnitt kommen. Die Ermässigung beträgt somit in diesem Falle rund 20 Prozent. Weiter wird im hannover=braunschweigischen Gebiet der am 1. Januar 1931 eingeführte Haushaltstarif, der 48 Pfennig für den Regelverbrauch und 10 Pfennig für den Mehrverbrauch vorsieht, jetzt auf 46 Pfennig für den Regelverbrauch gesenkt. Die gleiche Herabsetzung des Regelverbrauchstarifs erfolgt im oldenburg=friesischen Gebiet. Ferner wird der Haushaltstarif als Wahltarif im schleswig=holsteinischen Gebiet eingeführt, wo ausserdem der bisherige Grundstrompreis für Lichtstrom eine Senkung von 50 auf 46 Pfennig erfährt. In Westpreussen, wo sich die am 1. Januar 1931 vorgenommene Preissenkung zwischen 4 und 17 Prozent bewegt, liegt die neu verfügte Preissenkung ungefähr 4 und 10,7 Prozent. Bei der Stromverteilung A.G. Weissenfels=Zeititz und der Nienburger Stromverteilung sind ebenfalls wesentliche Ermässigungen für die verschiedenen Abnehmergruppen vorgesehen, die weit über die Ersparnisse aufgrund der Notverordnung hinausgehen. Bei der Nienburger Stromverteilung wird der Regelverbrauchtarif im gleichen Ausmasse gesenkt wie bei den vorher erwähnten Verteilungsgesellschaften.

Dazu teilt die Preussen=Elektra mit, dass ihr mittlerer Strompreis - Preise von 1925 = 100 gesetzt - für das Jahr 1931 bereits ein Absinken auf 90 zeigt.

 Ruhiger, weil weniger Kauflust.

(Berliner Getreidebörse vom 13. Januar.)

SPD. Nach den starken Preiserhöhungen der letzten Tage machte sich an der Berliner Produktenbörse am Mittwoch eine etwas ruhigere Tendenz bemerkbar. Das Angebot an promptem Weizen und Roggen war zwar unverändert klein, jedoch zeigten die Mühlen erheblich geringere Kauflust, sodass sich die letztnotierten Preise kaum noch zu behaupten vermochten. Am Markte der Zeitgeschäfte waren schon einige Abschwächungen zu verzeichnen, die sich bei Weizen und Roggen auf etwa 1 bis 2 Mark belaufen. Auch das Mehlgeschäft war sehr ruhig. Es fanden lediglich Bedarfsdeckungskäufe statt, die zu unveränderten Preisen erfolgten. Hafer war knapp stetig. Das Angebot war reichlicher als die Nachfrage.

	12. Jan.	13. Jan.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	224 - 226	224 - 226
Roggen	198 - 200	198 - 200
Braugerste	156 - 185	157 - 187
Futter- und Industrierogerste	140 - 154	150 - 155
Hafer	135 - 143	135 - 143
Weizenmehl	27,50 - 31,25	27,50 - 31,25
Roggenmehl	27,00 - 29,25	27,10 - 29,25
Weizenkleie	9,50 - 10,00	9,50 - 10,00
Roggenkleie	9,50 - 9,75	9,50 - 9,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 242½-242½ Brief (Vortag 242½), Mai 250-248½ (250½). Roggen März 210-208½ (210½), Mai - 212½ (215), Hafer März 156-154½ (156), Mai - (163½).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 13. Januar 1932.

Das Unterstützungsgesuch.^x

SPD. "Der Nächste!"

Ein junger Bursch, der in der äussersten Ecke der langen Holzbank gesessen hat, schrickt auf. Er blickt unsicher um sich, steht dann auf, als ihm die übrigen Wartenden nickend bezeugen, dass er tatsächlich der Nächste sei, geht auf die Türe zu, die sein Vorgänger offen gelassen hat, und verschwindet im anstossenden Raume.

"Machen Sie die Tür zu!" Die robuste Stimme mit schnarrendem Grundton überfällt den Burschen. Hastig wendet er sich um, nimmt vorsichtig die Türklinke in die klobigen Hände und will recht behutsam die Türe schliessen. Doch sie entgleitet seinen Händen und knallt mit aller Kraft zu; ein Peitschenknall durchzuckt den Raum.

"Zumachen und nicht zuhauen! Hier sind Sie ja in keinem Stall, sondern in einem Amtsraum!"

Der Bursch steht verlegen vor dem Schreibtisch. In den blau angelaufenen Händen hält er einen fleckigen Hut, der von Alter und Nässe erzählen kann. Verlegen blickt er auf den Tisch und wagt nicht, den Blick zu erheben und den Beamten anzublicken. Dieser betrachtet ihn forschend und wartet. "No also, reden werd' ich, was?"

Die Wangen des Burschen überflutet brennendes Rot. Mit Windesschnelle dreht er wie ein Mühlrad den Hut in den Händen. Dann greift er plötzlich, als besinne er sich eines Besseren, in die Tasche, holt einen blauen Zettel hervor und legt ihn auf den Schreibtisch. Teufel auch, beinahe hätte er diesen Zettel vergessen, und gerade dieser ganz gewöhnliche blaue Zettel war es doch, auf den er alle Hoffnung gesetzt hatte.

Der Beamte entfaltet den Zettel und liest. Er wendet den Wisch, der etwas fleckig und zerknittert ist, um und liest. Dann nimmt er die Zigarette aus dem Munde, und die robuste Stimme wellt zum Burschen über den Schreibtisch hinüber: "Ja, was glauben Sie denn? Meinen Sie vielleicht, dass wir Ihnen den Zins zahlen können? Wenn Sie einen Zins haben wollen, dann müssen S' ihn eben erarbeiten. Aber wir sollen....haha...."

Zum ersten Male hebt sich der Blick des Burschen und flattert furchtsam auf den Beamten hinüber. "Aber der Fürsorgerat hat mir gesagt..... hat mich geschickt....."

"Der Fürsorgerat! Was will der Fürsorgerat? Was glaubt der Fürsorgerat? Der Fürsorgerat kann sagen, und der Fürsorgerat kann schicken, aber hier bin ich, und hier ist nicht der Fürsorgerat. So, und den Zettel da, den stecken S' wieder ein, oder werfen S' ihn weg! Mit dem Zins ist's nichts."

Es zuckt um die Lippen des Burschen. In seinen Augen lagert Angst, Entsetzen. Der fleckige Hut dreht sich mit Sturmeseile zwischen den beiden klobigen, blau angelaufenen Händen. "Ich bin vier Stunden hergegangen,....und ich krieg' nichts,.... ich bin....."

Der Beamte sieht auf. Was soll er mit diesem Burschen anfangen? Er will ihn grob anfahren, denn über dreissig Parteien hat er bereits abgefertigt, und noch doppelt so viele harren der Abfertigung. Da muss doch die Geduld reissen! Aber der Bursch - wie die Lippen zucken....., der Hut sich dreht....., und in den erschrocken aufgerissenen Augen glitzert ein Etwas.....

Die Stimme ist weicher geworden. "Damit Sie den Zins kriegen können, dazu müssen Sie ein Gesuch machen. Das Gesuch heisst: "Gesuch um Zinsaushilfe". - So, und wenn Sie das Gesuch gemacht haben, dann kommen S' wieder! Das werde wir vorlegen, und acht Tage später können Sie den Zins kriegen. Das heisst: wenn das Gesuch bei der Sitzung genehmigt wird."

Der Bursch schweigt und blickt zu Boden. Der Hut liegt still in den klobigen Händen, und Trostlosigkeit umfließt die Gestalt. Der Beamte greift nach einem Vormerkblatt. "Wie heissen S' denn?"

"Klemens Leberzettl."

"Leben die Eltern noch?"

"Die Mutter."

"Und was ist mit dem Vater?"

"Den kenn' ich gar nicht."

Der Beamte sieht auf. Augenblickslang. Er hört es täglich ein Dutzend Male, aber dennoch berührt es ihn eigenartig.

"Wo wohnt denn die Mutter?"

"Das weiss ich nicht."

"Sie werden doch wissen, wo Ihre Mutter wohnt!" brüllt ungeduldig der Beamte.

"Nein. Ich hab' sie schon seit zwölf Jahren nicht mehr gesehen, und damals war ich noch klein."

Der Beamte ist verdriesslich, denn er weiss nicht, wie er die vorgeschriebenen Rubriken auszufüllen hat. Und das Leben wickelt sich doch nur auf Grund säuberlich ausgefüllter Rubriken ab.

"Haben Sie niemand, der für Sie sorgt?"

"Niemand."

"Und keine Arbeit?"

"Keine."

"Zu sorgen haben Sie natürlich für niemand." Und der Beamte macht einen Strich durch diese Rubrik auf dem Vormerkblatt.

"Für ein Kind."

"Für was für ein Kind?"

"Mein Kind."

Der Beamte sieht den Burschen sprachlos an. "Sie haben ein Kind?"

"Ja."

"Und wo ist die Mutter?"

"Die ist fortgegangen."

Dem Beamten bleibt vor Erstaunen der Mund offen stehen. So etwas hat er doch noch nicht gehört. "Und wo ist die Mutter?"

"Das weiss ich nicht. Sie hat mir das Kind zurückgelassen." Und plötzlich sagt der Bursch ganz leise dazu: "Ein sehr viel liebes Kind..... Marie heisst 's, wie die Mutter."

Der Beamte weiss nicht aus noch ein. In welche Rubrik soll er dies alles eintragen? Plötzlich rafft er sich auf: "Ohne Daten können S' nichts kriegen. Vorschrift ist Vorschrift. Wenn S' alles beisammen haben, dann kommen S' wieder!" Er steht auf, geht zur Tür und ruft hinaus: "Der Nächste!" - -

Ein Bursch geht heim zu seinem viel lieben Kind. Marie heisst 's. Und ein Beamter füllt Rubriken aus. Zwischen beiden lagert die Kluft der Rubriken, die Menschen entfremdet, in Lager teilt, verfeindet und so ziemlich das Hässlichste ist, was Menschenhirn erfinden konnte.

Per Boll.

"Wo kann ich Lappen sehen?"^x

SPD. Der niederländische Vizekonsul Herr Einar Mosling in Narvik war ein liebenswürdiger Herr. Ich kam im Hochsommer durch das einsame Lappland und fuhr von Narvik nach den Lofoteninseln weiter. Bei dieser Gelegenheit hatte ich im Narviker Verkehrsbüro zu tun, das von Herrn Mosling betreut wird. Er bat mich, die Uebersetzung eines Artikels aus dem Norwegischen ins Deutsche nachzuprüfen und belohnte mich dafür mit einer herrlichen Sommernachtsfahrt in den Beisfjord. Während ich die Uebersetzung durcharbeitete, erschien ein Reiseder aus Danzig und fragte, als ihm eine Schiffskarte nach Lödingen ausgestellt wurde: "Sagen Sie mal, wo kann ich Lappen sehen?"

Herr Mosling bekommt in seinem Beruf oft sonderbare Fragen zu hören, aber über das Verlangen des guten Danzigers musste er doch ein wenig lächeln.

Wir gerieten in ein Gespräch. Dabei erfuhr mein Landsmann - offenbar zu seinem grössten Erstaunen -, dass er Lappländer nicht so ohne weiteres antreffen könnte wie etwa seinen Vetter Eduard, denn nur wenige von ihnen sind ansässig, und auch dann noch leben sie zurückgezogen. Es ist also mehr ein Zufall, ihnen zu begegnen, wenn einer nur 24 Stunden lang in Narviks Umgebung spazieren geht.

+ + +

Ich sah die seltsamen Nomaden in der Gegend um den Abiskojokk, einen reisenden Strom im nordschwedischen Lappland, der seine kalten, klaren Wasser in den riesigen Torne Träsk schickt, ferner nicht weit von Kiruna, der ewig stürmischen Bergwerksstadt im Norden. Gewiss gibt es, besonders in Finmarken, einer Provinz Nordnorwegens, fest angesiedelte Lappen, zumeist Fischer. Es geht ihnen wie manchen Leidensgefährten in südlicheren Breitengraden: sie müssen ihre Herden verkaufen, verarmen allmählich, und so bleibt ihnen nichts andres übrig als sich bodenständig zu machen.

Hoch oben in den Bergen von Gratangen, nördlich von Narvik, haust das uralte Volk in seinen aus Erde gebauten Hütten den ganzen Sommer über. Oft auch ist das Heim des wandernden Lappen nichts weiter als ein Bündel Stecken, mit Fetzen umwickelt. Jederzeit kann es abgebrochen werden. Unter Aufsicht eines Hirten ziehen die Rentiere im Gebirge umher. Im Winter geht es südwärts nach Schweden. Beide Länder, Schweden und Norwegen, haben durch besondere Verträge einzelne Bezirke den Lappen zugewiesen, in Norwegen z.B. Nordland, Troms und Finmarken.

Reichen die Erträge aus der Rentierzucht - die nur von Lappen betrieben werden darf - nicht aus, so geht das wanderlustige Volk allmählich zur Fischerei über, einige vielleicht auch zum Ackerbau. Sie legen dann vielleicht ihre alte Tracht ab, obschon fast alle Lappen, denen ich begegnet bin, der Sitte ihrer Väter treu geblieben waren. In ihre Sprache nahmen sie durch die Berührung mit andern Völkergruppen auch norwegische und schwedische Bestandteile auf. Namen wie Abiskojokk (Abisko-Fluss), Vassijaure (Vassi-See) weisen noch auf die Ursprache jener Zeiten hin, da im Lande ausschliesslich Lappen anzutreffen waren und der Europäer noch nicht wagte, seinen Fuss in das ungastliche Gebiet des Nordens zu setzen.

Wenn auch die Regierungen jene Nomaden durch besondere Verordnungen schützen, die Kultur der ihnen artfremden germanischen Nachbarn, bei denen sie leben, engt sie doch immer mehr ein. Ich lernte einen alten Lappen kennen, Per Turi, der noch im vergangenen Winter zusammen mit einem anderen 600 Rentiere besass. Jetzt hat er seinen Anteil verkauft und will nach Alaska auswandern. Per Turi gehört zu den Gescheitesten seines Stammes: er lernt Englisch, spricht sogar ein paar Brocken Deutsch, und als ich ihn fragte, wo er das gelernt hätte, sagte er (wenn auch mit einiger Anstrengung): "Aus einem Buch." Sein Onkel war noch sprachbegabter; er schrieb sogar in schwedischer Sprache Aufsätze über das Leben seines Volkes, die in einer Ausgabe "En bok om Lapperna"

liv" gesammelt sind.

So oft ich mit Lappen zusammenkam, konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass sie spüren, ein machtloses, nur eben geduldetes Volk zu sein. Fast ängstlich sprachen sie miteinander. Vor allem die Frauen, kleine, ver- hutzelte Gestalten, besonders die älteren, denen man ihre mongolische Herkunft am ehesten ansah.

Ich hatte immer geglaubt, die Lappentracht wäre nichts anderes als ver- wahrlostes Kleiderzeug, erklärlich aus dem ewigen Umherziehen durch nicht ge- rade kultivierte Gebiete. Umso mehr überrascht stand ich vor der farbenreichen Gediegenheit ihrer Tracht. Alle tragen sie einen Kittel aus festem blauem Wollstoff, an den Rändern mit roten und gelben Streifen besetzt. Auf dem Kopfe eine mächtige Kappe mit Lederschild und einem grossen Büschel aus roten Woll- fransen. Die Beine, mit dickem Tuch umwickelt, stecken in weichen Lederstiefel nach der Art holländischer Holzschuhe an den Spitzen nach oben gebogen. Aus Le- der ist auch der prall gefüllte Rucksack. Es riecht um sie wie nach frisch ge- gerbten Fellen.

Eine menschliche Scheu hält sie ab, sich mit der Kamera zu befreunden. Nur Per Turi, der alte Lappe, der nach Alaska ziehen will und Deutsch ver- steht, stand steif wie ein hartes Fell vor dem Objektiv. Er gab mir auch zum Abschied, europäischen Sitten getreu, die Hand, während sonst bei Begrüssungen zweier Lappenfamilien der Freund dem Freunde nur leicht den Arm um den Rücken legt.

Vielen mag das bunte Zeug als einziger Schmuck aus dem Reichtum früherer Zeiten noch geblieben sein. Nun, sie verwahren ihn gut und dürfen ihn, wenn sie in die Stadt zum Handel kommen, mit ruhigem Stolz tragen. Auch wenn ihr Blick scheu wurde in unsrer schnelllebigen Zeit, und wenn auch aus dem einst reichen Nomadenvolke die Meisten in Armut untergehen, sie sahen auf ihren Zü- gen Himmel und Erde, Wasser und Wolken anders als wir in eintägiger D-Zugfahrt. Sie waren die Herren der ureitesten Strassender Welt und lebten einst frei und unbekümmert unter dem weiten Himmel des Nordens.

O.F.Heinrich.

Durra und Yams.^x

SPD. Eine Havarie auf der Fahrt von Durban nach Beira bot mir die erste Gelegenheit, an der afrikanischen Küste die Lebensweise und Kochkünste der Ne- ger kennen zu lernen. Für weisse Araber ist es im allgemeinen sehr schwierig, in die Lebensgewohnheiten primitiver Völker einzudringen. Was man in den Küsten- und Hafenstädten Afrikas von der Negerwelt zu sehen bekommt, ist un- echt, kulturbeleckt und verfälscht. Und sonst bieten sich sehr wenige Möglich- keiten, ins Landesinnere vorzudringen. Weisse Arbeiter sind dort zu teuer!

Das erste Negerdorf, das ich gründlich kennen lernte, gehört zum Savannen- gebiete. In dem grossenafrikanischen Steppengürtel ist neben dem Fleisch die Durra das Hauptnahrungsmittel aller dort ansässigen Negerstämme. Durra ist der besondere Name für Hirsegerichte, die in der mannigfaltigsten Form von den Negerfrauen zubereitet werden. Hirsebrot ist im südafrikanischen Wohngebiete hauptsächlich Nahrungsmittel. Die Hirse wird sehr primitiv durch Hackfrucht- bau gewonnen. Nach dem Schneiden und Dreschen der oft bis sieben Meter hohen Rispen, wird die Getreidefrucht auf den Mahlsteinen und in den Stampfgefässen von den eingeborenen Frauen zermahlen. Das Hirsemehl verquellen die Frauen mit Wasser und Pflanzensäften, um dann grosse, grobe Brotklösse daraus zu for- men. Die rohen Brote kommen in ein grosses, trommelartiges Tongefäss mit durchlöchernten, siebartigen Böden. Ist das Gefäss gefüllt, so kitteten es die Männer mit Lehm auf grosse Fleischtöpfe. Dann schleppen die Negerfrauen die schweren Gefässpyramiden an die offenen Feuer vor den Hütten und sieden dort das Fleisch. Die Abdämpfe des kochenden Fleisches durchziehen die durchlöcher-

ten Böden und die Hirsebrote des oberen Gefässes und geben den Broten jenes eigenartige Aroma, das immer wieder als besondere Geschmackseigenart von den Fremden bestaunt wird. Nach einer bestimmten Zeit öffnet man die verkitteten Gefässe, und das gedämpfte, feuchte Brot wird zum Trocknen und Dörren ausgelegt. Bei jeder Mahlzeit, bei gastlichen Empfängen und festlichen Veranstaltungen erhält der Hausgast ein grosses Stück Hirsebrot überreicht, aus dem er mit dem Finger entsprechende Stücke herausbohrt, zu Kugeln formt und so isst. Die Eingeborenen wissen diese Brotkugeln mit virtuoser Meisterschaft in ihren Magen zu bugsieren. Wer sie dabei beobachtet, kommt unwillkürlich auf den Gedanken: Hier ist die Jonglierkunst erfunden worden! Kochfleisch und Hirsebrot sind die täglichen Gerichte der Negerküchen im Savannengebiet.

Wenn aber die mittelalterlichen Ochsenkarren aus der Steppe in den mittele afrikanischen Urwald hinüberziehen, wechselt nicht nur das Landschaftsbild, sondern auch der Speisezettel der Negerküchen. Im afrikanischen Busch wird Hirse fast gar nicht verwendet. Ihre Stelle im Negerhaushalt nehmen die Knollenfrüchte ein. Besonders eine in Europa kaum bekannte Abart der Banane, der Pisang, hat hier die Hirse verdrängt. Pisangfrüchte sind im rohen Zustande fast ungeniessbar. Trotzdem zieht sie die Negerfrau der süssen Banane vor und bereitet aus ihnen die schmackhaftesten Gerichte für den Gaumen des schwarzen Mannes. Die getrockneten Früchte werden zu Mehlbrei verrieben und dann auf offenem Feuer gekocht, geröstet oder auch in kleinen Lehmbacköfen gebacken. Die auf diese Art entstandenen Bananenbrote und Fladen bilden die Hauptmahlzeiten. Dort, wo die Pisangfrucht weniger zu finden ist oder die Kulturstufe der Neger sehr niedrig ist, bilden das rohe Mehl der Yams-Früchte und die Knollen der Bataden und des Maniok die Hauptnahrung. Es gibt, vor allem im Senegalgebiete, Negerstämme, die ausschliesslich von rohen, getrockneten oder gekochten Maniokknollen leben. Nur in denselben Fällen findet man dort Fleisch in den Küchen. Und gerade die Neger dieser Stämme werden mit Vorliebe für die grossen Trägerkolonnen mittelafrikanischer Karawanen angeworben. Ihre Ausdauer ist berühmt, und es gibt wohl kein andres Volk der Erde, das in tropischer Hitze, bei grösstem Wassermangel und nur mit einer Handvoll Wurzelmehl in der Lage ist, solche Dauermärsche zu vollführen wie diese Neger. Ein Lederbeutel Yamsmehl und einige geröstete Maniokknollen aus eigener Küche genügen, um tagelang davon leben und schwerste Arbeit aushalten zu können. Es ist klar, dass bei diesen geringen Ansprüchen an die Kochkunst diese Neger besonders von den Andersrassigen ausgebeutet werden. Ihr Trägerlohn besteht in nichts anderem als täglich einigen Handvoll Yamsmehl und einer geringen Fleischportion an jedem dritten Tage der Reise.

Jenseits des grossen Wüstengürtels der Sahara, im Norden Afrikas, unterscheidet sich die Lebensweise der Eingeborenen grundsätzlich von der süd- und mittelafrikanischer Neger. In diesen Küchen dominiert die Baumfrucht, die Dattel! Alle nordafrikanischen Völker leben von der Dattelpalme. Der Baum gibt ihren Siedlungen das Gepräge und liefert fast alle Produkte der täglichen Lebenshaltung. Die Fasern der Dattelpalme bilden den Grundstoff der Gewebe. Mit den getrockneten und aufbereiteten Blättern deckt man die Häuser, und endlich die Früchte und der Saft bilden die Hauptnahrung. Die siedelnden Familien besitzen meist drei bis vier Dattelpalmen, unmittelbar vor den Wohnungen oder in den besonders angelegten Palmenhainen. In vierzig Metern Höhe reifen an jeder Palme alljährlich etwa fünfzig Kilo Datteln. Die Früchte werden getrocknet, und aus ihnen wird Brot bereitet. Sie werden auch frisch und in den verschiedensten Zubereitungen genossen. Man kocht sie und gewinnt aus ihnen ein berauschendes Getränk, das überall bei den zahllosen Festlichkeiten eine wichtige Rolle spielt.

Hirse, Knollenfrüchte und Datteln, - der Speisezettel der Negerküchen scheint wenige Schwierigkeiten zu bereiten. Dennoch ist die Zubereitung dieser Grundstoffe in den einzelnen Negerküchen so verschieden und abwechslungsreich, dass die Vielfältigkeit der Gerichte unsern Speisezetteln gleichkommt.

Nur dürfte der Gaumen der Europäer diesen eigenartigen Gerichten nicht den richtigen Geschmack abgewinnen. An Durragerichten zählte ich zum Beispiel allein 32. Die Farmarbeiter im mittelafrikanischen Busch erklärten mir aber, dass der Speisezettel für Knollenfrüchte noch umfangreicher sei und Eintönigkeit in den Küchen nie aufkommen lasse.

Aber trotz aller Reichhaltigkeit und Primitivität der Negerküchen kennen auch die schwarzen Männer Hunger und Not. In Zeiten grosser Dürre oder anderer Naturkatastrophen rettete auch die Reichhaltigkeit und Mannigfaltigkeit schwarzer Kochkunst diese primitiven Völker nicht vor Hungersnöten. Meist leben diese Primitiven ja von der Hand in den Mund, kennen nicht Vorräte oder Voraussicht, und dann trifft sie die Not viel unmittelbarer, gewaltiger, verheerender als uns. Manche verfallene Negersiedlung, manche zerfallene Hütte in den Savannen zeigt, wie schnell der Hunger den schwarzen Mann zu überraschen vermag.

S.Richards.

Fort mit dem Fahrgeld!^x

SPD. In drei Tagemärschen hatte ich die in ihrem Innern ebenso einsame wie paradiesische Insel Viti Levu, die grösste der Fidschi-Gruppe im Stillen Ozean, durchquert, war in die Zuckergegend der Nordküste gelangt und konnte nun gerade mit dem Zuckerzuge den Dampfer erreichen, der gleich mir nach dem Nordhafen unterwegs war und mein Gepäck trug. Es war vier Uhr Nachmittags, und die Arbeit ruhte. Menschen strömten nach der Landstrasse: Hindus, die das Land bearbeiten, Fidschianer, denen es gehört, und Engländer, die es beherrschen. Der Zug stand gleichfalls auf der Landstrasse, über und über beladen mit Zuckerrohr. Das einzige Abteil war mit Engländern besetzt, und wer von dem braunen Volke mitfahren wollte, der stellte oder hängte sich aussen hin. Ich erspähte, als der Zug sich schon in Bewegung setzte, ein Plätzchen für mich auf einer Plattform neben einem eingeborenen Polizisten, der einen gefesselten Hindu begleitete. Hoch auf dem Zuckerrohr des vorderen Wagens sass eine Gruppe Fidschianerinnen in frischen Kattunkleidern, in den begleitenden Menschenstrom hinein schwatzend und lachend, während des öfteren eine braune Gestalt auf den Zug sprang oder in die bunte Menge zurücktauchte. Es war wie ein Karnevalszug, und das märchenhafte Element darin waren Hindufrauen mit ziselierten, feingliedrigen, wiegenden Gestalten und edlen Köpfen, Hand- und Fussgelenke voll klirrender Silberstreifen. Prinzessinnen schienen sie zu sein neben dem drallen Naturvolk und waren doch der Auswurf ihrer Kultur, ausgewanderte Parias, Kuliweiber.

Allmählich verschwand die Landstrasse mit ihrem Getriebe. Die Fischimädchen zogen, als es nichts mehr zu lachen und zu necken gab, Zuckerpflanzen unter ihren Sitzen hervor, bogen das Rohr um und assendas süsse Mark. Ich schaute ihnen zu, und als sie es merkten, zogen sie noch weitere Rohre aus der Ladung heraus und warfen sie mir zu. Ich bog ebenfalls das Rohr auseinander, hing an zu essen, gab auch dem Polizisten etwas ab, und der ass auch. Volle eineinhalb Stunden dauerte die Fahrt. Wir assen ein Rohr nach dem andern leer und schleuderten es dann in die Ebene hinaus. Nur der Sträfling blieb unbeteiligt und lag zusammengekauert wie ein gefangenes Tier.

Plötzlich entdeckte ich den Dampfer und winkte ihm zum Zeichen, dass alle gut abgelaufen und ich zur Stelle wäre. Der Zug stoppte. Wieder waren weder Bahnhof noch Personal zu sehen. Rasch nahm ich eine Münze aus der Tasche und wandte mich andie Umstehenden mit der Frage, wo man sein Fahrgeld entrichten müsste. Alles sah mich an und lachte. Selbst der Sträfling musste lachen. So etwas war noch nicht passiert. Kam da einer daher und wollte bezahlen. Es war zu lächerlich, auf was für Einfälle die Menschen gerieten.

Auf dem Dampfer erfuhr ich, dass zwischender Regierung und den Raffinerieen eine Abmachung besteht, derzufolge die Raffinerieen als Entgelt für überlassenes Bahngelände etwaige Passagiere auf ihren Zügen gratis zu befördern haben. Mehr kann man nicht verlangen. Aber warum gibt es derartige Abmachungen nur auf den Fidschi-Inseln?.....

Heinrich Hemmer.

In Blumenau gekauft...^x

SPD. Buschmesser zerteilen die Schlinggewächse. Die Affen fliehen. Die Peonen, die eingeborenen Träger mit den schweren Lastsäcken, keuchen. Die Karawane schlängelt sich durch den südbrasilianischen Urwald.

Der Forscher, ein früherer deutscher Offizier, hält auf stramme Disziplin "Was ist denn das da wieder für eine Schweinerei?" tobt er. "Wer hat da eben "Lump!" gerufen?"

Keine Antwort. Alle Peonen grinsen über die breiten Gesichter, doch sie schweigen, obwohl sie fast alle gebrochen deutsch verstehen, denn in Südbrasilien, wo Hunderttausende von Deutschen leben, gehört das Deutsche zur Verkehrssprache.

Die Schweinerei fängt von neuem an. Eine Stimme schreit: "Lump!" Dann: "Haut ihn! Gib ihm Saures!" Alles auf deutsch. Eine ganze Schimpfkanonade.

Nach langem Suchen findet man endlich den frechen Schnabel. Alle Peonen winden sich vor Lachen. Der Hetzer ist -- (warum man nur nicht gleich darauf gekommen ist?) ein Papagei, den einer der deutschsprechenden Träger vor kurzem gekauft und auf die Reise mitgenommen hat.

"Unerhört", knurrt der Forscher empört, "das Vieh scheint ja aus einer feinen Familie zu stammen..."

"Ich hab' es in Blumenau (einer deutschbrasilianischen Stadt) gekauft", entschuldigt sich der Besitzer des schimpfenden Papageien, "wo wirklich auch feine Leute leben. Es gibt nämlich neuerdings dort hundert -- Nationalsozialisten....!"

Man weiss nicht, was der schneidige deutsche Forscher darauf erwidert hat, denn es handelt sich nur um eine Anekdote. Aber so viel steht fest: der Ausdruck Ich hab' es in Blumenau gekauft...." ist seit kurzem in Brasilien ein geflügeltes Wort geworden...

SPD. Ein Buch über Otto Braun.^x Unter dem Titel "Otto Braun. Ein Weg zur Macht" erscheint demnächst im Universitas-Verlag (Berlin) eine umfassende Biographie des preussischen Ministerpräsidenten, die Wesen, Werdegang und politische Bedeutung dieses hervorragenden Führers der Sozialdemokratie, der am 28. Januar sein 60. Lebensjahr vollendet, erschöpfend behandelt. Verfasser dieses Buches ist Georg Schwarz, der Autor des erfolgreichen Buches "Kohlenpott", der für seine Darstellung wertvolles Material aus den wichtigsten Archiven und von führenden Politikern benutzt hat. Eine Reihe zum Teil bisher nicht veröffentlichter Photographien ist dem Buche beigelegt.

SPD. Der kostspieligste Zubehörteil.^x Schwamm hat ein Motorrad. Zuck, fragt Schwamm: "Welcher von den Zubehörteilen kommt denn nun eigentlich am teuersten?"

"Die Sozia," sagt Schwamm.